



Zeit-Fragen

Wochenzeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

«Ein dauerhafter Frieden ist möglich im Rahmen einer stabilen Nation»

«Amerikaner, Deutsche und Franzosen behandeln uns mit triumphierender Unaufrichtigkeit»

von Olivier Delacrétaz, Lausanne

Amerikaner, Deutsche und Franzosen behandeln uns mit triumphierender Unaufrichtigkeit. Kaum abgeschlossen, werden unsere nur schwer erreichten und im allgemeinen für uns nachteiligen Bank- und Steuerabkommen mit einer aggressiven Lässigkeit in Frage gestellt. Man verlangt immer mehr und bietet uns als einzige Gegenleistung, nicht noch mehr zu verlangen. Und jedes Mal geben wir klein bei, sehr erfreut auf der rechten, sehr beschämt auf der linken Seite darüber, dass wir es gewagt haben, uns während einiger Monate zu sträuben.

Wir haben uns dies schon so angewöhnt, dass wir es fertigbringen, schon präventiv einzulenken, ohne dass man etwas von uns verlangt hätte, wie 1997 bei der Schaffung einer absurden Solidaritätsstiftung mit dem Nationalbankgold oder 2010 mit der einseitigen Übernahme des *Cassis-de-Dijon*-Prinzips. Diese letztere Entscheidung, welche die Importeure von der Verpflichtung befreit, die Anforderungen zu respektieren, die für unsere Produzenten gelten, kündigte alles weitere an.

Der Ablauf, der uns dahin geführt hat, wo wir uns heute befinden, ist einfach. In unserer manichäischen Welt ist es das Wichtigste, zum Lager der Guten zu gehören. Das ist das einzige Kriterium: die Netten, die sich über den bösen Ben Ali empören, die lieben Kosovaren gegen die bösen Serben, die lieben Palästinenser gegen die bösen Zionisten, die lieben Frankophonen gegen die bösen Zürcher.

Wenn Sie sich darauf vorbereiten, Schlechtes zu tun, achten Sie also darauf, gut zu scheitern. Und achten Sie noch mehr darauf,

das Ansehen Ihres Opfers anzuschwärzen, das im Idealfall von seiner eigenen Verworfenheit selbst überzeugt ist. Das ist es, was der Schweiz widerfährt. Wir haben die Vorstellung übernommen, dass wir zu den Bösen gehören, die während des Zweiten Weltkriegs im Hinterhalt lagen, die ohne jede Solidarität mit Europa und der Welt von den anderen profitieren, betrügerische Bankiers und skrupellose Waffenhändler seien.

Ist das die Wirkung einer speziell wirksamen Kommunikation? Hat uns der Wohlstand so abgestumpft? Kompensieren wir mit einer psychologischen Gegenbewegung die Gewissheit, die wir lange Zeit hatten, die Begünstigten der Vorsehung zu sein? Was feststeht, ist, dass unser Verhalten eines kuschenden Hundes unsere Feinde von sämtlichen Gewissensbissen befreit: Wie sollte man einem Volk Gutes tun wollen, das über sich selbst schlecht denkt?

In der auf diese Art moralisierten internationalen Ordnung ist alles gut, was sich gegen das Böse richtet. In bezug auf die Schweiz haben die Achtung des Rechtes und unterzeichneter Verpflichtungen, Treu und Glauben, der Sinn für Verhältnismässigkeit keinerlei Daseinsberechtigung. Der moralische Zweck legitimiert die amoralischen Mittel.

Es gibt in der Tat keine Niederträchtigkeit, die unsere Gegner nicht in vollem Bewusstsein einsetzen: allgemeine Verdächtigungen, Denunziation und Anstiftung zur Denunzierung, Diebstahl und Anstiftung zum öffentlich akzeptierten, organisierten Diebstahl auf höchster politischer Ebene,

eindeutige Erpressung, Rechtsmissbrauch, Beschimpfungen, physische Bedrohungen der Familien.

Insgesamt sind unsere Behörden der Sache nicht gewachsen. Sie nötigen die Schweiz zum politischen Bussgang. Jetzt, wo ihre Aufgabe wäre, dafür zu sorgen, dass die Eidgenossenschaft und ihre Unabhängigkeit respektiert werden, verscherbeln sie diese, wie sie nur können. Das Abkommen mit Frankreich über die Erbschaftsteuer ist nur das letzte in einer Abfolge von Selbstaufgaben. Anstatt das Schweizer Recht und die Rechte der Schweizer Bürger zu verteidigen, autorisiert der Bundesrat die Bankiers, ihre Verpflichtung zur Verschwiegenheit gegenüber ihren Kunden zu brechen und ihre eigenen Angestellten gegenüber der amerikanischen Regierung zu verraten.

Seine Ausflucht lautet, dass der Ruin der grossen Institute zu viel Schaden anrichten würde: Die Banken sind «too big to fail». Auf Deutsch: Ein «too big to fail»-Unternehmen ist nichts anderes als ein Staat im Staate. Unsere Behörden nehmen die Existenz eines Bankstaates im Bundesstaat hin. Sie tragen dazu bei, dass dessen Interessen den Vorrang vor dem Gemeinwohl erhalten.

Nachgeben, um alles abzuschliessen? Es wird kein Ende geben, nicht einmal eine Pause. Das Federvieh ist fett und willig, zerlegen wir es! Ja, zerlegen wir den feigen Kapaun!

Nach dem Fall der Mauer, der uns vom «Gleichgewicht des Schreckens» befreite, und aus progressiver Sicht wesensgleich mit

moderner Demokratie, hat sich die Classe politique eingeredet, dass der Frieden und die Einigkeit auf der Welt in Reichweite seien. Die internationale Ordnung werde auf natürliche Weise entstehen, als Weiterführung der inneren Ordnung der Nationen.

Damit vernachlässigte man die grundlegenden Unterschiede, die das Nationale vom Internationalen trennen.

Ein dauerhafter Frieden ist möglich im Rahmen einer stabilen Nation, deren Teile durch eine gemeinsame Geschichte verbunden sind und einer anerkannten Autorität unterliegen, Garantin der territorialen Integrität, der Autonomie des Rechts und des Schutzes der Menschen und der Vermögenswerte. Dies gilt auch, nicht ohne einige Komplikationen, die uns zur Neutralität zwingen, für unseren Bund kantonaler Staaten.

Hingegen ist das, was man heute internationale Ordnung nennt – ohne religiöse, sprachliche, moralische und rechtliche Einheit und ohne übergeordnete Autorität, welche die Mittel hätte, eine solche Ordnung zu erarbeiten und zu garantieren –, nichts anderes als das vorläufige und territorial abgesteckte Gleichgewicht zwischen den gegenwärtigen politischen Kräften. Diese fragile und ständig bedrohte Ordnung, die von hundert Konflikten aller Art erfasst und zermürbt wird, bildet eine wunderbare Windstille inmitten der Stürme, die das übliche Schicksal der Menschheit sind. Was uns betrifft, hat die Windstille lange gedauert. Nun ist sie vorbei.

Quelle: *La Nation* Nr. 1948 vom 24. August 2012
(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Gewaltlose Revolutionen: Werden diese durch die USA instrumentalisiert?

von Prof. Dr. Albert Stahel, Institut für Strategische Studien, www.strategische-studien.com

Am 10. Oktober 1998 wurde in der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien die Organisation OTPOR (der Widerstand) gegründet.¹ Viele ihrer Mitglieder waren Studierende und Angehörige der Nomenklatur der Bundesrepublik Jugoslawien. Die Mitglieder von OTPOR analysierten die Schwachstellen des Regimes von Milošević und erstellten einen Strategieplan, mit Hilfe dessen sie das Regime zu Fall bringen wollten. Zu Beginn beschränkten sich die Agitationen von OTPOR auf die Universität Belgrad. Während des Nato-Luftkrieges «Allied Force» gab es keine Aktionen von OTPOR. Ab 2000 setzten die Aktivitäten gegen das Regime wieder ein. Während der Wahlen vom September 2000 in Jugoslawien wurde die Stimmung gegen Milošević mit Schlagwörtern wie «Gotov Je» (er ist erledigt) oder «Vreme Je» (es ist Zeit) angeheizt.² Am 5. Oktober 2000 wurde Milošević gestürzt. Während jenes Jahres setzte OTPOR die gesamte Bandbreite der taktischen Mittel der politischen Agitation ein. Milošević wurde lächerlich gemacht, Strassensperren wurden errichtet, Boykotts wurden ausgerufen, der Gegner durch Falschmeldungen in die Irre geführt und öffentliche Gebäude wurden besetzt. Die Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppen erfolgte mit Hilfe des Internets.

Später wurde bekannt, dass sich die Mitglieder von OTPOR für die Formulierung

ihrer Strategie auf ein Buch des amerikanischen Pazifisten und Politikwissenschafters *Gene Sharp*³ gestützt hatten. Studiert man dieses Werk, erwartet man zuerst ein Handbuch der Revolutionspraxis, aber es handelt sich dabei eher um eine theoretische Abhandlung des strategischen Denkens. Nur der Anhang mit der Auflistung von Methoden des gewaltlosen Vorgehens führt konkrete Anleitungen für das Vorgehen gegen eine Diktatur auf.⁴ Bezüglich dieser Methoden verweist Sharp auf sein früheres Werk aus dem Jahre 1973. Auch das Glossar ist besonders mit dem Hinweis auf das politische Jiu-Jitsu sehr interessant.⁵ Mit diesem Jiu-Jitsu soll die gewaltlose Unterdrückung durch die Diktatur fortlaufend mit gewaltlosem Widerstand und nicht mit Gegengewalt beantwortet werden. Der Unterdrückungsapparat wird mit Hilfe der internationalen Medien diskreditiert.

Anhand der Literaturhinweise von Gene Sharp wird aufgedeckt, wer der eigentliche Vordenker der modernen Strategie des gewaltlosen Widerstandes ist, der Brite *Adam Roberts*. Dieser propagierte in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts auf Grund des gewaltlosen Widerstands der Bürgerinnen und Bürger der Tschechoslowakei gegen die Besetzung ihres Landes durch die Divisionen des Warschauer

Paktes im Jahre 1968 den gewaltlosen Widerstand als die einzige wirksame Antwort auf die Besetzung eines Landes durch eine fremde Macht.⁶ Bereits zur damaligen Zeit führte Roberts in seinen Traktaten die von Sharp viel später erwähnte Taktik des gewaltlosen Widerstandes auf. Dazu gehörten «Methods of Persuasion, of Non-Cooperation and of Intervention».⁷ Die ersten konkreten Richtlinien für die taktische Agitation gegen eine Diktatur ist aber durch den Freund und Mitarbeiter von *Karl Marx*, *Friedrich Engels*, in seinem Aufsatz «Der Aufstand» beschrieben worden: «Der Aufstand ist eine Rechnung mit höchst unbestimmten Grössen, deren Wert sich jeden Tag ändern kann ...»⁸

Nach dem Fall von Milošević stellte sich die Frage, wer OTPOR und die kostspielige Agitation finanziert hatte. Im November 2000 berichtete der Journalist *Roger Cohen* in einem Artikel im *New York Times Magazine* über die Financiers von OTPOR. Gemäss Cohen hatte OTPOR offenbar Geld vom *National Endowment for Democracy* (NED), vom *International Republican Institute* (IRI) und von der *US Agency for International Development* (USAID) erhalten. Während NED und IRI der damaligen Clinton-Administration nahestanden, ist USAID heute noch ein Teil der Bundesverwaltung der USA. Bereits September/Oktober 1989

(also noch vor der Auslösung von *Allied Force*) soll *Paul B. McCarthy* vom NED die Führungsequipe von OTPOR in der Hauptstadt von Montenegro, Podgorica, und in Ungarn, Szeged und Budapest, getroffen haben.⁹

Die Führungscrew von OTPOR (*Srdja Popovic* und *Ivan Marovic* u.a.) versuchte nach dem Sturz von Milošević aus der Organisation eine politische Partei zu bilden. Wegen der geringen Stimmenzahl, die OTPOR bei den Parlamentswahlen von 2003 erhielt, scheiterte dieser Versuch.¹⁰ Die Aktivisten von OTPOR sollen aber weiterhin vom Ausland gefördert worden sein. So erhielt Popovic später die Stellung eines Visiting Scholar am *Harriman Institute* der Columbia University. Das Gedankengut wurde weiter getragen. Schriften über die Durchführung einer Revolution à la OTPOR wurden verfasst. Des weiteren erschien der Film «How to Start a Revolution» mit Popovic in einer Rolle.¹¹ Folgende Demonstrationen und Revolutionen sollen entsprechend dem OTPOR-Vorbild organisiert worden sein:¹²

- *Kmara* in Georgien war zum Teil für den Sturz von Präsident *Eduard Schewardnadze* verantwortlich,
- *Pora* (Teil der Orange-Revolution) mit Demonstrationen in der Ukraine,

«Die Schweiz müsste eine Vermittlerrolle spielen» «Den Krieg in Syrien zu verhindern heisst doch, die Schweiz müsste Verhandlungen anbieten, bei welchen alle Regionalpartner einbezogen werden»

Interview mit Nationalrat Geri Müller



Nationalrat Geri Müller.
(Bild zvg)

thk. Die Forderung, in Syrien von aussen militärisch zu intervenieren, weckt Erinnerungen an die Stimmung kurz vor Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der Nato unter der Führung der USA gegen den souveränen Staat und das Uno-Mitglied Republik Serbien. Damals lancierte man einen Eroberungskrieg unter erlogenen Menschenrechten mit dem Ziel, Serbien in die Steinzeit zu bomben und auf dem Gebiet des Kosovos eine neue Militärbasis zu errichten.

Dieser Krieg der Nato und ihrer Verbündeten war ein Bruch mit dem Völkerrecht; es war Planung und Durchführung eines Angriffskriegs.

Seit dem Kosovo-Krieg scheint der Westen in allen Kriegs- und Krisengebieten mit Chaostheorie zu arbeiten, und zwar sowohl auf der realen Ebene wie auch im argumentativen Raum. Bei Syrien weiss kaum mehr einer, was wirklich abläuft.

In dieser Situation ist es wohlthuend, wenn es Menschen gibt, die auf der Linie des Völkerrechts bleiben und sich für eine Verhandlungslösung in Syrien einsetzen.

Der Grüne Nationalrat Geri Müller, Mitglied der Aussenpolitischen und der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats, äussert sich im folgenden Interview zu der Situation im Nahen Osten und welche Rolle die neutrale Schweiz hier spielen könnte.

Zeit-Fragen: Die Lage in Syrien ist undurchsichtig. Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die ganzen Unruhen von aussen in das Land hineingetragen wurden. Wie beurteilen Sie das?

Geri Müller: Syrien ist schon lange auf der Liste der «Achse des Bösen». Es ist so, dass Syrien schon seit mehreren Jahren von westlicher, meist antirussischer und antiiranischer Seite attackiert und provoziert wird. Es hat Volksaufstände in Syrien gegeben wie auch

in anderen Ländern. Teilweise waren sie friedlich, teilweise waren sie weniger friedlich. Aber es gibt starke Hinweise darauf, dass die Volksaufstände zusätzlich auch von aussen missbraucht worden sind. Die Allianz Damaskus-Teheran sollte gespalten werden.

Was heisst es für Iran, wenn der Westen militärisch interveniert, um Assad zu stürzen?

Iran sieht sich seit der Revolution 1979 permanent bedroht. Das hat seine Berechtigung. Er selbst hat seit 1712 nie mehr ein anderes Land militärisch angegriffen, doch wurde Iran seither mehrmals besetzt oder angegriffen. Einst durch die Kolonialmacht England, dann nach dem Zweiten Weltkrieg verlor er Aserbaidschan an die UdSSR, die Amerikaner installierten zweimal den Schah, und in den 80er Jahren verlor Iran 2 Millionen Menschen im Krieg gegen den Irak, der durch die USA und Europäer unterstützt war. Syrien erscheint als Déjà-vu. Und immer geht's um die Ölvorräte, welche zurzeit in Richtung VR China fliessen.

Welche Bedeutung hat der geschürte Konflikt für Russland?

Russland muss sich überlegen, welche Strategie es anwenden will. Russland hat nicht mehr die Stärke, die das Land vor dem Fall des Eisernen Vorhangs gehabt hat, und muss sich daher genau überlegen, in welchem Rahmen sein Einflussbereich in Zukunft sein soll. Ein wichtiger Teil dieses Einflussbereichs ist der Zugang zum Mittelmeer, aber auch der Zugang zur arabischen Welt. Dieser Zugang ist durch die einseitige Aggression des Westens gegen Syrien bisher blockiert. Es ist schon sehr wichtig, dass der Westen realisiert, dass er diese Region nicht weiterhin für sich alleine in Anspruch nehmen kann.

Vor ein paar Wochen hatte man den Eindruck, dass die Türkei immer stärker in den Konflikt eingreife. Ist das immer noch so? Was für eine Absicht hat hier die Türkei?

Die Türkei muss sich gut überlegen, welche Rolle sie spielen will. Die Türkei ist eine Regionalmacht mit Verbindungen bis weit an die chinesische Grenze und nach China hin-

ein zu den Völkern turkmenischer Abstammung. Die Türkei nimmt darin eine starke vermittelnde Position ein. Mit der Zeit ist sie ein Faktor darin geworden und nicht nur ein Beratungsorgan.

In Syrien gibt es verschiedene Knackpunkte, die sie bewältigen müssen. Einerseits die Auseinandersetzung mit den Kurden, die für sie auch grosse Bedeutung hat. Dazu kommen die innerislamischen Auseinandersetzungen, in welchen die Türkei eine dritte Form des Islam anstrebt, nämlich einen laizistischen, aber doch eher sunnitischen Islam, während in Syrien die beiden klassischen Richtungen des schiitischen und sunnitischen Islam aufeinander geprallt oder aufeinander gehetzt worden sind.

Dann gibt es noch die dritte Frage: Auf welcher Seite sie als Nato-Partner genau stehen, denn damit müssten sie auf der amerikanischen oder europäischen Seite stehen. Aber auch das haben sie nicht in dieser Eindeutigkeit gezeigt. In der Angelegenheit mit Syrien stehen sie in bezug auf den gesamten Kontext in einem grossen Zwiespalt.

Letzte Woche gab es die Meldung, dass die USA, aber vor allem Frankreich und Grossbritannien in Syrien intervenieren wollen, um sogenannte Schutzzonen einzurichten.

Das sagen vor allem Frankreich und Grossbritannien. Die USA sind hier nicht aktiv, sie haben Waffen geliefert durch die CIA, das machen sie. Man muss sehen, dass das ehemalige Einflussgebiet von Frankreich und Grossbritannien ist und eben auch ein Konfliktgebiet. Sie haben einen wesentlichen Anteil an diesem Konflikt, der sich im Moment abspielt. Dazu kommt noch, dass Sarkozy während seiner Amtszeit Assad in den Mittelmeerrat eingeladen hat, was England nicht sehr geschätzt hat und was einen Konflikt geschaffen hat, bei dem sich die beiden nicht einig sind. Da ist der starke Interventionswille von François Hollande. Vielleicht können Sie sich noch erinnern, dass er während der Wahlkampagne gesagt hat, dass Frankreich sein Interesse wieder wahrnehmen möchte. Das ist ähnlich wie in Libyen: der Zugang zum Öl. Syrien hat zwar kein Öl, aber das Nachbarland Iran. Das ist eine

ganz heikle Angelegenheit. Immerhin hatte Frankreich damals Ayatollah Khomeini als Flüchtling bei sich gehabt.

Was hätte eine militärische Intervention des Westens, sprich der Nato, oder eine «Allianz der Willigen» für die Region für Folgen?

Die Intervention hat schon lange stattgefunden. Es sind mehrere Länder beteiligt. Darum sage ich auch ganz klar, wenn die ganze Situation vor den Internationalen Gerichtshof kommen sollte, dann kann man nicht nur die Regierung und die Rebellen vor den Gerichtshof bringen, sondern auch diejenigen, die die Drahtzieher dieser ganzen Entwicklung sind. Das heisst, alle Geheimdienste wie MI 6, CIA, SIS oder der saudische Geheimdienst usw.

Sollte es zu einem offenen Kampf kommen, wird das grosse Konsequenzen für Libanon und für Israel haben. Auch für die Türkei, und das ist wahrscheinlich der Grund, warum sie in dieser Frage eher zurückhaltend ist. Ich stelle fest, dass auf diplomatischer Ebene um Zurückhaltung gebeten wird. Das Szenario eines Flächenbrandes ähnlich wie es in Libyen der Fall ist, wo heute nicht nur Libyen, sondern der ganze westliche Sahel brennt, obwohl man dort relativ wenig Waffen hat. Aber die ganze Region vom Südkaukasus bis zum Sinai ist voller Waffen, und ein offener Krieg hätte grauenhafte Auswirkungen.

Welche Rolle könnte die Schweiz als neutrales Land darin spielen?

Die Schweiz müsste eine Vermittlerrolle spielen. Es kann sicher nicht die Position der Schweiz sein, an den naiven «day after»-Gesprächen teilzunehmen. Den Krieg in diesem Land zu verhindern heisst doch, die Schweiz müsste Verhandlungen anbieten, bei welchen alle Regionalpartner einbezogen werden. Dazu gehören natürlich auch Russland und Iran. Es müssen alle an den Tisch kommen, die von dem Ganzen betroffen sind, und nicht die Agentenschaft von anderen Ländern.

Herr Nationalrat Müller, vielen Dank für das Gespräch.

«Gewaltlose Revolutionen ...»

Fortsetzung von Seite 1

- Zbur in Weissrussland mit Demonstrationen gegen Präsident Alexander Lukaschenko,
- Oborona in Russland mit Demonstrationen gegen Präsident Vladimir Putin,
- KelKel in Kirgisien hat zum Sturz von Präsident Askar Akayev beigetragen,
- Bolga in Usbekistan mit Demonstrationen gegen Präsident Islam Karimow.

Denkbar ist, dass einige dieser Demonstrationen und Aufstände auch von den bereits erwähnten amerikanischen Organisationen finanziert worden sind.¹³

Im Anschluss an die Niederschlagung eines Arbeiterstreiks am 6. April 2008 wurde in Ägypten 2008 die Jugendbewegung 6. April gegründet. Anhänger dieser Gruppe sollen in Belgrad von OTPOR-Aktivisten beraten worden sein und das Logo von OTPOR übernommen haben.¹⁴ Entsprechend deren Anweisungen und Ratschlägen soll 2011 die ägyptische Revolution organisiert und der Tahrir-Platz besetzt worden sein. Denkbar ist auch, dass die erste Phase der Aufstände in Tunesien, Libyen und Syrien entsprechend der OTPOR-Taktik geplant wurde.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt haben nicht alle erfolgreich durchgeführten Revolutionen lediglich zum Sturz der jeweiligen Machthaber geführt. Durch die Umstürze und Revolutionen in Tunesien und Libyen sind auch die staatlichen Strukturen und Verwaltungen kollabiert. Damit sind diese beiden Staaten heute fast führungs- und orientierungslos, und ihr Zustand entspricht jenem von «failed states». Solche Staaten sind aber nicht mehr fähig, sich der Einwirkungen von Drittstaat-

ten zu erwehren. In Anbetracht der Finanzierung und auch der wiederholten Hinweise auf den «Vordenker» Gene Sharp ist es denkbar, dass die USA gewisse Demonstrationen und Aufstände für ihre Ziele instrumentalisiert haben.

¹ OTPOR! (2012). Wikipedia. <http://en.wikipedia.org/wiki/Otpor!> S. 2, 15.8.2012

² OTPOR! (2012). Wikipedia. S. 5

³ Sharp, G. (1993). From Dictatorship to Democracy. Deutsch: Von der Diktatur zur Demokratie. Ein Leitfadens für die Befreiung. Aus dem Englischen von Andreas Wirthensohn. Verlag C.H. Beck. «Tages-Anzeiger» (17.2.2011). Wie man einen Diktator stürzt: Eine Anleitung auf 93 Seiten. www.tagesanzeiger.ch/21758820/print.html, 17.8.2012

⁴ Sharp, G. (1993), S. 101–108

⁵ Sharp, G. (1993), S. 116/117

⁶ Roberts, A. (1972), *Total Defence and Civil Resistance, Problems of Sweden's Security Policy*. The Research Institute of Swedish National Defence, FOA P Rapport C8335/M, Stockholm

⁷ Roberts, A. (1972), S. 132

⁸ Stahel, A.A. (1987). Terrorismus und Marxismus. Marxistisch-Leninistische Konzeptionen des Terrorismus und der Revolution. ASMZ, *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift*, Huber & Co. AG, Frauenfeld, S. 29.

⁹ OTPOR! (2012). Wikipedia, S. 6

¹⁰ OTPOR! (2012). Wikipedia, S. 9

¹¹ OTPOR! (2012). Wikipedia, S. 10

¹² OTPOR! (2012). Wikipedia, S. 12

¹³ OTPOR! (2012). Geplante Revolutionen. <http://schnittpunkt2012.blogspot.ch/2011/05/otpor-geplante-revolutionen.html>. S. 3, 15.08.2012

¹⁴ Hermann, R. (2011). Revolution nach Plan, Protestbewegung in Ägypten. Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.2.2011, S.1–4. www.faz.net/aktuell/politik/arabische-welt/protestbewegung-in-aegypten-revolution-nach-plan-1589885.html, 17.8.12

Russlands Davos

Putin und Kissinger können sich bei Syrien einigen

von M.K. Bhadrakumar, extra für RIR (Russia & India Report)

Die Sache ist die, dass es eine bemerkenswerte Nähe gibt zwischen der Position Russlands zu Syrien und Kissingers eigener Meinung zum Thema «arabischer Frühling».

Ein in Russland lange erwarteter Besucher traf am Donnerstag [21.6.2012] Präsident Vladimir Putin – der ehemalige Aussenminister der Vereinigten Staaten Henry Kissinger. Anlass war das *Internationale Wirtschaftsforum* in St. Petersburg (auch «Russlands Davos» genannt).

Energie ist eines der Hauptthemen bei der Konferenz in St. Petersburg, und Kissinger Associates Inc. als Beratungsfirma darf eine so wichtige Gelegenheit nicht auslassen, um ihren Kunden dabei behilflich zu sein, strategische Partner und Anlagemöglichkeiten zu finden.

Offensichtlich öffnet Russland seinen Energiesektor für ausländische Teilhabe in nie dagewesener Art, und Russland ist gegenwärtig weltweit eine der am schnellsten wachsenden Wirtschaften. (Übrigens, ein weiterer Teilnehmer an der St. Petersburg Konferenz ist He Guoqiang, ständiges Mitglied des Politbüros beim ZK der Kommunistischen Partei Chinas, der der mächtigen Zentralen Disziplinierungskommission¹ (Central Commission for Discipline Inspection) vorsteht.

Kissinger war «lange erwartet» worden, weil er Putin seit seiner Rückkehr als Präsident in den Kreml für eine dritte Amtsperiode bislang noch nicht getroffen hatte. Die zwei Staatsmänner haben über die Jahre stets eine freundliche, persönliche Beziehung gepflegt; dies scheint auch eine nützliche Rolle dabei zu spielen, die rauhen Ecken der russisch-ameri-

kanischen Beziehungen etwas zu glätten. Kissinger hat natürlich einen sehr profunden Hintergrund, was die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen angeht, und könnte in das gegenwärtige Denken der Vereinigten Staaten eine ganze Portion Realismus hineinbringen.

Der Rahmen ist auch bewegend. Putins aussenpolitische Strategie hat sich im Laufe der Jahre in einem grossen Bogen entwickelt und, es genügt zu sagen, in ihrem Kern heute entbehrt sie jeglicher Ideologie oder jeglichen Dogmas und ist statt dessen zu einem alles bestimmenden Streben geworden, Russland stark zu machen.

Als kluger Taktiker hält er ständig Ausschau nach günstigen Gelegenheiten, und weil er einen hochtrainierten Verstand hat, schrecken ihn Herausforderungen nicht ab.

Sein bevorzugter Weg, sich unablässig für russische Interessen einzusetzen und sie tatkräftig zu verteidigen, wird im wesentlichen darin bestehen, zwischen den «big players» in einer polyzentrischen Welt auszugleichen, während Russland strategisch unabhängiger Akteur bleibt. Er und Kissinger hätten eine Menge gemeinsam.

Quelle: Russia & India Report, 22.6.2012 http://indrus.in/articles/2012/06/22/putin_kissinger_can_agree_on_syria_16034.html

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Anmerkung der Redaktion:

¹ Die Zentrale Disziplinierungskommission beim ZK der Partei beschäftigt sich damit, bei Partei-Kadern Korruption und Dienstvergehen herauszufinden (z.B. beim Schmuggel von grossen Mengen Erdöl, Waffen usw.)

Gegen «Pseudo-Ereignisse» hilft nur eine klare Abwehrhaltung

Warum sich auch Schweizer Linke und Nette besser nicht manipulieren lassen, sondern zur bewaffneten Neutralität stehen sollten

von Tobias Salander

In einer Zeit, in welcher die Schweiz giftigen Angriffen des Imperiums via dessen Statthalter in Deutschland, einer willfährigen und geheimdienstlich gesteuerten SPD, ausgesetzt ist, tut ein Blick in die Geschichte Not: Einerseits in die Zeit der letzten massiven Attacken aus Übersee in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts, andererseits auf die Zeit der grossen Bewährungsprobe für die Schweiz, die Umzingelung unseres Landes durch die Achsenmächte und die doppelte Blockade durch jene, aber auch durch die Angelsachsen, im Zweiten Weltkrieg. Damals wie heute galt und gilt: Mit Duckmäusertum, Liebedienerei und Aussitzen wird die Sache nur ärger. Was Gebot der Stunde ist, ist die Rückbesinnung auf die Grundlagen unserer Willensnation: der unbedingte Wille zur Freiheit, ein Leben in Würde und Mitmenschlichkeit, im Innern, aber auch gegenüber der Welt, die Gestaltung der Wirtschaft unter Berücksichtigung sozialer Aspekte und solcher der Natur und einer ernst gemeinten Umweltverträglichkeit. Dies geht nur mit einer Haltung der Neutralität und einem untrennbar damit verbundenen Willen der Wehrhaftigkeit. Alles andere führt in der Geschichte zur Unterjochung und zum Vasallentum.

Dass die völkerrechtswidrigen Angriffe aus Deutschland gegen die Schweiz, unsere Souveränität und die Hoheit, unsere Gesetze, auch die Steuergesetze, selber zu bestimmen, von der SPD her vorgetragen werden, sollte niemanden täuschen, vor allem unsere Linken nicht: Die Partei, die einst von den Besatzungsmächten die Lizenz zur Parteigründung gnädig bewilligt bekam, und die eng geheimdienstlich begleitet und betreut

Ohne Neutralität kein IKRK

«Die Stellung der Schweiz in der Welt ist gekennzeichnet durch die immerwährende bewaffnete Neutralität. Sie ist weder von aussen auferlegt noch ein blosses Mittel zur Selbstbehauptung. Sie ist ein Wesensausdruck der Schweiz als Rechtsstaat, der notwendig den Verzicht auf Machtpolitik enthält. Die seit 500 Jahren gehandhabte Neutralität legitimiert die Schweiz auch dazu, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz zu beherbergen, dem nur Schweizer angehören, und das einen internationalen Ruf besitzt wie wohl keine andere Institution der Welt.»

Prof. Wolfgang von Wartburg, Unterentfelden, Aargauer Zeitung, 5.2.97

wurde (man vergleiche etwa die Aussagen des zuständigen CIA-Mannes im Film «Germany made in USA» auf youtube), schiesst sich heute nicht etwa auf Delaware, die Kanalinseln und Cayman-Inseln ein, wo Geld in grösstem Umfang gewaschen wird, nein, sondern widersinnigerweise auf die Schweiz mit ihrem vorbildlichen Geldwäschereigesetz. Sollte jeder linke Eidgenosse hier die Absicht merken und verstimmt sein, wird er sich doch gut überlegen müssen, ob man einmal mehr einer grossangelegten Manipulation aufsitzen und als dümmliche 5. Kolonne eines Finanzfaschismus in die Geschichte eingehen will. Ob die marode Jean-Monney-EU nun über ein «German Europe» gerettet und transformiert werden soll, wie es *Foreign Affairs*, wahrlich nicht das Leitblatt europäischer Linker, in der aktuellen Nummer vorschlägt, oder Deutschland durch

ESM und eine europäische FED sich der *Rockefeller-Rothschild-Gruppe* unterwerfen darf, ist einerlei bzw. müsste einem Linken sauer aufstossen. Da aber der klare Blick und die Besinnung auf die Wehrhaftigkeit als Grundlage aller Freiheit und Unabhängigkeit, gerade gegenüber der Hochfinanz und deren SPD-Gauleitern, den Schweizer Linken und Netten seit der Geheimdienstaktion *Bergier* verstellt und ausgetrieben worden ist, soll hier einem das Wort gegeben werden, der mitten aus dem Imperium heraus den klaren Blick nie verlor, Realität und Kampagnenführung stets unterschied und der Schweiz in bedrängter Zeit beisprang.

Schön dumm, wer den Spin nicht durchschaut

Die Rede ist von *Angelo Codevilla*, seines Zeichens Professor für Internationale Bezie-

hungen an der Boston University, Offizier der US-Marine, Mitarbeiter des US-amerikanischen auswärtigen Dienstes, Stabsmitglied der Senatskommission für die Geheimdienste und Senior Research Fellow am *Hoover-Institut* der Stanford University – mithin ein Wissenschaftler mit Innensicht der US-Geheimdienste, die jedem linken Antiimperialisten das Herz öffnen müsste – so er denn wirklich sozial gesinnt ist und Links-Sein nicht mit einem Karrieresprungbrett im US-Projekt eines Jean-Monnet-Europas verwechselt – einem Projekt, welches der Hochfinanz neue Absatzmärkte und nach «Overstretching» der US-Streitkräfte auch ein grosses Potential an wehrfähigen Männern öffnete und öffnet, welche den Plutokraten die militärische Absicherung ihrer globalisierten Piratenzüge gewähren sollen. Schön dumm, wer solche Spiele nicht durchschaut und sich später einmal von der eigenen Jugend die Frage gefallen lassen muss, warum man sich von den Spin-Doktoren einen Bären habe aufbinden lassen, so wie die Generation zuvor lange Zeit brauchte, den Schalmeien-Klängen des Totalitarismus zu widerstehen und eine Abwehr aufzubauen.

Für Codevilla als Kenner der inneramerikanischen Verhältnisse stand in den 1990er Jahren fest, was auch heute wieder gilt: Die Schweiz ist einer Kampagne ausgesetzt. Einer Kampagne, welche weniger mit Ethik, Liebe zur historischen Wahrheit und allfälliger Wiedergutmachung zu tun habe als vielmehr mit Geldbeschaffung, Erpressung, persönlicher und parteipolitischer Profilierung!

Damals wie heute besteht die Kampagne gegen die Schweiz aus nichts als heisser Luft.

Fortsetzung auf Seite 4

Geben wir dem Druck aus dem Ausland nicht mehr nach!

«Wenn man sich im Wirtschaftskrieg befindet, macht eine falsche Moraldebatte keinerlei Sinn.»

von Jean-Daniel Balet und Flavien de Mural, Mitglieder des Vorstands von SwissRespect

Die europäischen Staaten, die in bezug auf die Wirtschaft und die Steuern zerstritten sind, haben ihre Bürger mit Liquidität und schönen Versprechungen überhäuft. In der Folge der «Subprime»-Krise haben die Europäische Union und die USA ihre Banken in Not gerettet und sich in den Schuldenwirbel hineinziehen lassen. Um die Aufmerksamkeit ihrer Bevölkerung von ihren eigenen Fehlern abzulenken, suchen ihre Regierungen Sündenböcke, darunter den Schweizer Finanzplatz, indem sie zu ihrem eigenen Vorteil einen Konkurrenten eliminieren, und gleichzeitig versuchen, noch glimpflich davonzukommen und die Spargelder zu repatriieren, die den überhöhten, ja konfiskatorischen Steuersätzen entflohen waren.

Im Gegensatz dazu machen in der Schweiz der Schutz der Privatsphäre und ein gesunder Steuerwettbewerb es möglich, den Appetit des Staates im Zaum zu halten. Unser Land ist das einzige, in dem über die Schuldenbremse abgestimmt wurde, es konnte eine vernünftige Besteuerung erhalten und seine Bürger damit zu ehrlichem Verhalten ermutigen.

Dennoch wird unser Land seit mehr als 15 Jahren (Krise der «in Vergessenheit geratenen» Fonds) im Rahmen des Wirtschaftskrieges angegriffen, den die USA entfacht haben, um ihre eigenen Interessen zu wahren. Die USA und unsere europäischen «Partner», geschwächt durch ihre Schulden und geleitet vom einzigen kurzfristigen Anliegen ihrer Staatsführung, wieder gewählt zu werden, haben sich in die Bresche geworfen. Seit 15 Jahren haben sie nicht aufgehört, die Bevölkerung einzulullen, und geben sich nun einer traurigen Flucht nach vorn hin: Sie leeren die Kassen und geben Geld aus, das sie nicht haben, und so häufen sie Schulden an und zwingen die künftigen Generationen dazu, eines Tages schmerzhaft Rechnungen zu begleichen. Und um ihre Fehlritte zu vertuschen, bedrängen sie

die Schweiz auf aggressive Weise, sie benutzen fadenscheinige Argumente und beschuldigen uns, die Ursache ihrer Übel zu sein.

SwissRespect ist der Meinung, dass die Reaktion unserer Regierung und der politischen Elite unseres Landes unangemessen ist. Und intolerabel. Denn indem der Bundesrat alle Forderungen unserer Konkurrenten akzeptiert, verteidigt er unsere fundamentalen Werte nicht mehr, sondern zieht es vor, sie aufzugeben, obschon sie vielmehr als Modell dienen müssten.

Besseren davon, einige grosse Banken zu schützen, deren Interessen fundamental im Widerspruch zu den Interessen des ganzen Landes stehen, haben die von uns gewählten Politiker die Gelegenheit verpasst, sich mit aller Kraft der Opferung einer grossen Zahl von Menschen entgegenzustellen, die als gefundenes Fressen der ausländischen Justiz ausgeliefert wurden. Und die einzige Strategie des Bundesrates, die Weissgeldstrategie, die in keinem anderen Land der Welt angewandt wird, erzeugt unglücklicherweise den falschen Eindruck, dass es in der Schweiz nur Schwarzgeld gebe.

Noch schwerwiegender: Das einseitige Aufgeben der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, die Unterwerfung unter Artikel 26 des OECD-Steuer-Musterabkommens, das Akzeptieren von Gruppenanfragen, die Lieferung von Daten über Kunden und Mitarbeiter unserer Banken an ausländische Behörden, all dies wurde ohne öffentliche Debatte entschieden, ohne die Eidgenössischen Räte und das Volk zu fragen.

Die Verteidigung unserer Rechtsordnung, die bisher stabil und vertrauenswürdig ist und ihre Bürger sowie die strategisch wichtigen Wirtschaftszweige schützt, muss vor allen anderen Erwägungen Vorrang haben. Ist es noch möglich und notwendig, die legitimen Waffen der nationalen Souveränität und

des Rechts anzuwenden und aufzuhören, den Forderungen unserer Konkurrenten nachzugeben? Selbstverständlich. *SwissRespect* wurde gegründet mit dem Ziel, eine möglichst grosse Zahl von Schweizern darüber zu informieren, dass, wenn die Regierung unseres Landes ihre Haltung nicht ändert, dies zu einer allgemeinen Verarmung führen wird, vor der niemand verschont bleibt. Denn Regeln zu übernehmen, deren Anwendung unsere Konkurrenten für sich nicht erforderlich finden, und deren Umsetzung überdies ausserordentlich teuer ist, kann nur eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzplatzes und den Abbau tausender Stellen zur Folge haben.

Jeder muss sich bewusst sein: Diese Krise wird direkte Auswirkungen auf all jene haben, die direkt oder indirekt vom Finanzplatz leben. Das können wir in den Nachbarländern sehen: niemand wird verschont, vom Kaufmann zum Garagisten, vom Restaurant-Besitzer zum Bauarbeiter. Ganz zu schweigen von der beunruhigenden Erosion der Rechtssicherheit, des Schutzes der Privatsphäre und des Eigentums.

Die erste Forderung von *SwissRespect* ist, nicht zu akzeptieren, dass wir unsere Regelungen ändern, um unsere Konkurrenten zufriedenzustellen, und eventuelle Veränderungen ausschliesslich dann zu akzeptieren, wenn ALLE anderen Finanzzentren sie in die Praxis umsetzen. Wenn man sich im Wirtschaftskrieg befindet, macht eine falsche Moraldebatte keinerlei Sinn. Warum handeln wir nicht so wie Luxemburg und Österreich, die ihre Vorteile sehr gut zu schützen wissen? Und warum sollten wir die Einzigen sein, die nachgeben, während unter anderem London, Hongkong, Singapur, die Kanalinseln, die Bahamas und die USA (Delaware und Florida) sich nicht an dieselben Regeln halten?

Fortsetzung auf Seite 4

SwissRespect

Ein Genfer Verein ruft uns Schweizer zur Gegenwehr gegen ausländische Angriffe auf unser Land auf

Der Verein *SwissRespect.ch* engagiert sich nach eigenen Worten «für die Verteidigung der Interessen der Schweiz gegen die Angriffe auf unsere Rechts- und Wirtschaftsordnung durch «Partner», die uns schwächen wollen».

Auszug aus den Statuten

Artikel 3

Die Gesellschaft verfolgt das/die folgende/n Ziel/e:

- Teilnehmer des schweizerischen Finanzplatzes (juristische und natürliche Personen, sowohl Angestellte als auch unabhängige Unternehmer) zu fördern und dafür zu sorgen, dass ihre Privatsphäre und ihre Rechte respektiert werden.
- Eine glaubwürdige Politik bei Verhandlungen zwischen der Eidgenossenschaft und Drittstaaten zu fördern.
- Dafür Sorge tragen, dass das schweizerische Recht eingehalten wird, insbesondere in den Bereichen internationale Beziehungen, verfassungsmässige Rechte, Wirtschaftsrecht und Arbeitsrecht.

Um diese Ziele zu erreichen, kann der Verein durch seinen Ausschuss vor allem:

- Seine Mitglieder bei der Wahrung ihrer individuellen oder gemeinschaftlichen Interessen unterstützen, beraten und verteidigen.
- Aktionen im politischen, rechtlichen, administrativen Bereich, im Bereich der Medien oder einem anderen Bereich, den der Ausschuss beschlossen hat, einleiten und durchführen. [...]

Artikel 5

[...] Worauf warten wir noch? Schweizerinnen und Schweizer aus allen Sprachgebieten (die Homepage ist in alle Landessprachen übersetzt) sind eingeladen und aufgerufen, sich dieser Bürgergruppe anzuschliessen. Sie ermutigt unsere Politiker dazu, sich den für unser Land schädlichen Ansinnen aus dem Ausland zu widersetzen. Aber sie fordert auch jeden einzelnen von uns dazu auf, für die Erhaltung unseres kostbaren Modells Schweiz aufrecht hinzustehen und uns mit aller Kraft dafür einzusetzen.

www.swissrespect.ch; info@swissrespect.ch
Tel. +41 (0)76 280 01 62

«Gegen «Pseudo-Ereignisse» ...»

Fortsetzung von Seite 3

Codevilla spricht gar von «Pseudo-Ereignissen», und dies als Kenner der Politik seiner Landsleute, denen kein Mittel zu schade ist, wenn es darum geht, Cash zu machen und den Einflussbereich des Imperiums zu bewahren oder gar auszudehnen – zu dumm, wenn wir Europäer das nicht merken. So schreibt Codevilla in seinem Buch, und dies gilt auch heute Wort für Wort:

«Der Ausdruck, der die Anti-Schweiz-Kampagne von 1995 bis 1999 am besten umschreibt, ist «Pseudo-Ereignis». In seinem 1964 erschienenen umfangreichen Buch *The Image: A Guide to the Pseudo Event in America* prägte der Historiker und spätere Leiter der *Library of Congress Daniel Boorstin* dieses Wort. Es gab einmal eine Zeit – so Boorstin –, da wurde über Ereignisse berichtet, weil sie tatsächlich stattgefunden hatten. Heutzutage gibt es Pseudo-Ereignisse, die nur in dem Ausmass existieren, wie jemand fähig ist, über sie berichten zu lassen. Der künstliche Charakter der Kontroverse über die Schweiz und ihre neu entdeckte Bösartigkeit wird deutlich, wenn man merkt, dass überhaupt keine neuen Informationen zum Vorschein gekommen sind. Der damalige Senator *Alfonse D'Amato* (Republikaner, New York), der alles tat, um die Anschuldigungen zu verbreiten, gab dies 1996 zu: Die Angelegenheit sei ihm neu, obwohl sie schon vor langer Zeit erschöpfend untersucht worden sei. Leider ist die Vergangenheit voll von Dingen, von denen jene nichts wissen, die sich nie darum bemüht haben, sie kennenzulernen.

Tatsächlich sind sämtliche Informationen in den Anschuldigungen, Verteidigungen und Gegenanschuldigungen vor einem halben Jahrhundert in Archiven abgelegt worden, nachdem sie von Leuten, die damals den Krieg am eigenen Leib erfahren hatten, eingehend geprüft worden waren. Kurz gesagt: Die Urheber der Kampagne liessen Teile einer alten Geschichte auferstehen, um Urteile zu unterstützen, die jenen der vormals Verantwortlichen diametral entgegen standen.» (S. 22)

US-amerikanische Kampagnen – gestern wie heute

Und was für Lehren lassen sich für uns Bürger von 2012 ziehen? Codevillas Worte aus dem Jahre 2000, als wären sie von heute:

«Aus der Anti-Schweiz-Kampagne selbst können höchstens unwesentliche Lehren gezogen werden. Sie geben allenfalls Hinweise auf den Zustand der amerikanischen Politik am Ende des zwanzigsten Jahrhun-

«Geben wir dem Druck ...»

Fortsetzung von Seite 3

SwissRespect ist ebenso der Meinung, dass die «Rubik»-Abkommen [die drei Steuerabkommen mit Grossbritannien, Deutschland und Österreich, Anm. d. Red.] Thema einer echten Debatte in der Bevölkerung sein müssten, wenn man den grundsätzlichen Paradigmenwechsel des Gesetzes berücksichtigt, den sie implizieren, und dass die Frage der Zustimmung zu diesen Abkommen dem Volk unterbreitet werden muss. Seine Anstrengungen gelten nunmehr auch der Neuverhandlung des Doppelbesteuerungsabkommens, das Frankreich uns unter Drohung aufgezungen hat. Ziel von *SwissRespect* ist es, die Schweizer zu informieren und zu sensibilisieren in bezug auf die wesentlichen Themen sowie die von uns gewählten Politiker über die Medien mit Argumenten und Standpunkten zu versorgen. Aber auch unseren Behörden zu helfen, einen Gegenangriff zu starten. *SwissRespect* hat die Diskussion über die Kommunikation anlässlich der Übergabe von Daten von Bankangestellten an die USA hervorgerufen und hat soeben den Rechtsweg beschritten, um deren unrechtmässigen Charakter feststellen zu lassen.

Es werden unzählige Kämpfe auf uns zukommen, und die Schweiz muss – statt sich immer zu unterziehen – mit Bestimmtheit daran erinnern, dass unser Land ein Wertesystem hat, wo die Bürger echte demokratische Rechte haben, deren Respektierung sie durchzusetzen wissen. •

Quelle: *Le Temps* vom 5.9.2012

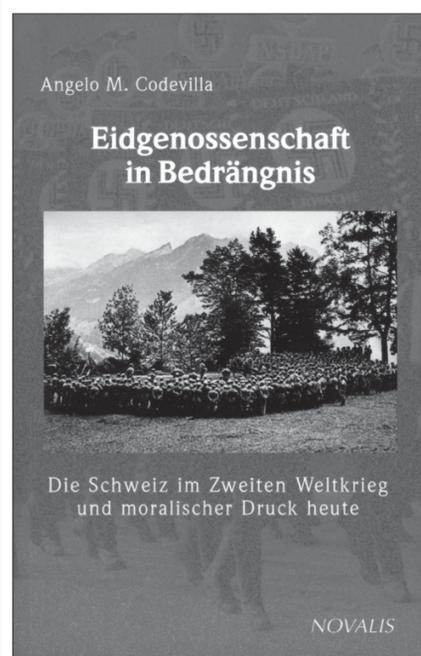
(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

derts. Das einzige tatsächliche Ereignis bestand darin, dass einmal mehr eine Koalition mächtiger Amerikaner mittels einer Kampagne die Macht und das Prestige der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika missbraucht hat, um Geld in ihre eigene Tasche zu leiten.» (S. 23f.)

Dass heute das durch die unsäglichen Steuerabkommen von der Schweiz erpresste Geld dem deutschen Fiskus, oder gar dem deutschen Hartz-IV-Empfänger zugute kommen sollte, glauben wohl nur Lieschen Müller oder *Juso-Männer à la Cedric Wermuth*. Via *ESM* geht alles direkt in die Tasche der Finanzdompteure.

Im folgenden soll Codevilla nochmals das Wort erteilt werden, macht er uns Europäern doch vor, wie mit etwas Zivilcourage Kampagnen erkannt, benannt und richtig eingeordnet werden. Und wie viel angenehmer und würdiger ist es doch, den aufrechten Gang zu gehen, statt zu kriechen – und wie beschämend, die Bücklinge noch nicht einmal als solche zu erkennen, sondern als Eigenleistung zu rühmen ...

«In den Jahren 1995 bis 1999 inszenierte die *Clinton-Administration* mit Unterstützung von *Edgar Bronfman*, dem milliarden-schweren Eigentümer eines Alkohol- und Medien-Imperiums, eine Publizitätskampagne, welche die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg so stark karikierte, dass, wer mit der Wirklichkeit des Krieges nicht vertraut ist, zu gefährlichen Schlussfolgerungen über die Art verführt wurde, wie die Welt funktioniert. *Bronfman*, zusammen mit seiner Familie der grösste Sponsor der Demokratischen Partei der Vereinigten Staaten sowie Präsident und Financier des *World Jewish Congress*, benutzte seine grosse Macht, um den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Vorsitzenden des Bankenkomitees des Senats, ein ganzes Netzwerk von Beamten auf Staats- und Lokalebene, eine ganze Phalanx von Anwälten und die Medien zu gewinnen, um folgende aufsehenerregende Geschichte zu verbreiten: Neue Erkenntnisse würden zeigen, dass die Schweiz in Wahrheit ein Verbündeter Nazi-Deutschlands gewesen sei, dass das Schweizer Volk am Holocaust mitschuldig sei und dass Schweizer Banken Vermögenswerte ermordeter Juden gestohlen hätten. Tatsächlich vermittelte das Ganze allerdings nicht einmal einen Hauch von neuen Informationen. Dennoch gelang es *Bronfman*, die zwei grössten Schweizer Banken, die in den Vereinigten Staaten zusammen pro Jahr ungefähr vier Milliarden Dollar Gewinn erzielen, davon zu überzeugen, dass sie in New York City erst wieder Geschäfte machen könnten, wenn sie ihm eine grosse Menge Geld zur Verfügung stellten. Sobald diese beiden Banken am 12. August 1998 eingewilligt hatten, verteilt über drei Jahre gut 1,25 Milliarden Dollar vorwiegend an Herrn *Bronfman's* Organisation abzuliefern, wurde die Öffentlichkeitskampagne schlagartig gestoppt. Diese und das Handeln der Schweiz im Zweiten Weltkrieg verblassten. Schade. Die Kampagne sprach nämlich für sich: Eine mächtige private Organisation hatte sowohl Beamte der Vereinigten Staaten als auch das amerikanische Rechtssystem dazu gebracht, ausländischen



ISBN 3-907160-81-9

Die Schweiz – eine «härter zu knackende Nuss»

«Die Schweiz hat einen Zehntel der Bevölkerung unter Waffen, mehr als irgend ein anderes Volk der Welt. Sie sind bereit, für ihre Lebensart zu kämpfen ... Die Holländer werden für die Deutschen eine leichte Beute sein. Ihre Armee ist miserabel. Die Schweiz wird eine härter zu knackende Nuss sein, und ich bezweifle, ob es die Deutschen versuchen werden.»

William L. Shirer, US-Journalist, unmittelbar nach Kriegsausbruch. (Zit. nach Gotthard Frick. Hitlers Krieg und die Selbstbehauptung der Schweiz 1933–1945. S. 54)

Vaterlandsliebe der Schweizer auf denkbar höchster Stufe

«Der Kampfwille des Schweizer Soldaten ist ein hoher, und wir werden ihn etwa dem der Finnen gleichstellen müssen. Ein Volk, das gute Turner hat, hat auch immer gute Soldaten gehabt. Die Vaterlandsliebe der Schweizer ist auf denkbar höchster Stufe.»

Franz Böhme, General der deutschen Gebirgstruppen, in einer für die SS erstellten Angriffsplanung gegen die Schweiz, Sommer 1943. (Zit. nach Frick, S. 57)

Geschäftsleuten eine riesige Bestechungssumme aufzuzwingen. Öffentliche Beamte dienen privaten Interessen zu, ohne dass eine gesetzgebende Behörde sich dazu geäussert hätte, ohne dass ein Beamter einen Entscheid gefällt hätte, für den er auch verantwortlich gewesen wäre, und ohne dass ein Gericht ein Urteil gesprochen oder eine Verfügung über die Zulässigkeit der Beweise erlassen hätte. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass sich die Vereinigten Staaten immer mehr von der Gesetzestreue und von einer seriösen Aussenpolitik entfernen.» (S. 13f.)

Umzingelt von der EU nach US Gnaden

Nach dieser klaren Einordnung der wahren Hintergründe des *Swiss-Bashings* – aus dem Munde eines US-Wissenschaftlers und Kenners der Geheimdienstszene von besonderem Gewicht – nun die Frage, wie man sich dagegen wehrt. Da nach der *Bergier-Dampfwalze* und den *Gehirnverkleisterern à la Jakob Tanner, Thomas Maissen* und anderen ein Blick aus der Schweiz auf die Schweizer Geschichte immer schon unter Generalverdacht gestellt wird, sei auch hier nochmals dem Aussenstehenden das Wort erteilt. Dennoch dazu die Frage: Wie weit ist ein Land bzw. dessen selbsternannte «Eliten» degeneriert, wenn einheimische Bürger und Forscher nicht mehr Gehör finden oder gar ernst genommen werden, wenn sie zur Geschichte des eigenen Landes Ergebnisse vorweisen, die wasserdicht sind? Man stelle sich vor, andere Länder, zum Beispiel die USA, China oder Israel, würden sich die eigene Geschichte von aussen aufkrotzieren lassen und sich selbst bespeien. Undenkbar!

Deswegen das Wort wieder dem US-Professor Codevilla, der aufzeigt, in welcher Situation sich die Schweiz im Zweiten Weltkrieg befand, – und wer sich dazu die heutige Situation, umringt von EU-Mitgliedern, vor Augen hält, wird sehen, dass je nach Verschärfung der Angriffe eine nicht ganz unähnliche Situation eintreten könnte;– das Geschick eines Kleinstaates, der unabhängig bleiben will, ändert sich über Jahrzehnte, ja gar Jahrhunderte kaum, bleibt doch die Topographie und die geostrategische Lage dieselbe, wenn auch die Begehrlichkeiten wechseln können. War es einst der Alpenübergang, der die Gier der Grossmächte anstachelte, mögen es heute das Wasser im Wasserschloss

Churchill über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg

«Ich wünsche ein für allemal festzuhalten: Unter allen Neutralen hat die Schweiz den grössten Anspruch auf Auszeichnung. Sie war die einzige internationale Kraft, welche die grässlich zerstrittenen Nationen noch mit uns verband. Was bedeutet es schon, dass es ihr nicht möglich war, uns die wirtschaftlichen Leistungen zu erbringen, die wir wünschten, oder dass sie den Deutschen zuviel gegeben hat, um sich selber am Leben zu erhalten? Sie war ein demokratischer Staat, der in seinen Bergen für Freiheit in Selbstverteidigung stand, und in Gedanken, ungeachtet ihrer Herkunft, grösstenteils auf unserer Seite stand.»

Winston Churchill, zitiert bei Angelo M. Codevilla. Eidgenossenschaft in Bedrängnis. Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg und moralischer Druck heute, S. 31.

Gotthardmassiv, die kerngesunden Gemeindefinanzen, die schöne Landschaft usw. usw. sein. Aber auch das Modell eines Gemeinwesens, welches von unten nach oben aufgebaut, in direktdemokratischer Weise die Menschenwürde wahrt wie nirgends sonst, mag den Oligarchen des Imperiums ein Dorn im Auge sein – ihre Untertanen könnten ja auf den Gedanken kommen, sich diese Rechte selber auch zu holen – denn wären sie vereint und entschlossen, kleinräumig und direktdemokratisch und damit friedlich leben zu wollen, müssten die internationalen Bankster abtreten.

Nun also Codevilla zur immerwährenden Situation der Schweiz auf Grund ihrer geopolitischen Lage:

«Die Geschichte zeigt, dass Neutrale durch beide Kriegführenden unter Druck gesetzt werden, im Zweiten Weltkrieg befand sich die Schweiz in der Mitte zweier konzentrischer Blockaden. Die äussere, durch die Alliierten errichtete Blockade schränkte den Welthandel von und nach der Schweiz aus dem verständlichen Grund ein, dass die Deutschen die Schweizer zur Teilhabe an ihrem Handel zwingen wollten. Die innere, durch die Deutschen errichtete Blockade schränkte den schweizerischen Export in die alliierten Länder aus dem ebenfalls verständlichen Grund ein, dass schweizerische Produkte den Alliierten helfen könnten. Zur Erhöhung des Druckes drosselte Deutschland auch den schweizerischen Import von Brennstoffen und Nahrungsmitteln. Diese beiden Blockaden hatten zur Folge, dass sich die Schweiz für jedes Pfund Handelsware, das über die Grenze des Landes gelangte, sowohl mit den Achsenmächten als auch mit den Alliierten durch Abkommen einigen musste. Dies bedeutete sogar, dass die Achsenmächte und die Alliierten unter Einschaltung von schweizerischen Vermittlern miteinander verhandeln mussten. Jede der beiden Parteien wusste, welchen Druck die andere Partei auf die Schweiz ausübte.» (Codevilla, S. 40)

Business as usual – der US-Nazi-Deal

Dass die US-Eliten immer ihr eigenes Schäfflein ins trockene bringen wollten, ist nichts Neues. Dass sie sich heute der deutschen Sozialdemokratie bedienen können, verwirrt nur auf den ersten Blick. Schliesslich wurden ja die Akten der Stasi von der Normanenstrasse direkt von der CIA in die Staaten abtransportiert. Die 30 000 Westagenten der Stasi, nun in diesen sogenannten *Rosewood-Files* hübsches Erpressungspotential für die Hochfinanz, waren sicher zum Teil auch parteipolitisch aktiv – wie viele davon wohl in der SPD??

Das Motto der Konzerne: Business as usual – damals wie heute?

«Der mangelnde Patriotismus der amerikanischen und britischen Grossfirmen gründete darin, dass der «state of war [...] [was] an inopportune interlude necessitating retrenchment until the cessation of hostilities, when again the world markets [...] could be apportioned.» (Der Kriegszustand war eine unangenehme Störung, die gewisse Sparmassnahmen erzwang, bis nach Beendigung der Feindseligkeiten die Weltmärkte wieder aufgeteilt werden konnten.)» (Walter Hofer, Herbert R. Reginbogin, *Hitler, der Westen und die Schweiz*, S. 622)

«Das wirtschaftliche und finanzielle Beziehungsgeflecht britischer, amerikanischer und deutscher Schlüsselindustrien und Banken vor und während des Zweiten Weltkrieges hatte als oberstes Gebot «Business as usual». Dieses Gebot wurde unbeirrt und unter Missachtung der politischen Entwicklungen verfolgt mit dem einzigen Ziel der Erhaltung oder gar des weiteren Ausbaues von wirtschaftlichem Einfluss vor und während des Krieges, wie auch im Hinblick auf die Nachkriegszeit.» (Hofer/Reginbogin, S. 623)

Rockefellers Chase Bank – die Hausbank der Nazis in den USA – und heute?

«Im Zusammenhang mit den diversen Banktransaktionen erbrachten nicht nur gewisse Schlüsselindustrien der USA, sondern auch amerikanische Finanzhäuser Hitlerdeutschland gute Dienste. Beispielsweise war die wichtigste Bankverbindung deutscher Unternehmen in den USA die *Chase National Bank* in New York. Die von der Familie *Rockefeller* beherrschte Bank leistete zusammen mit der *Henry Schroder Bank* Mithilfe bei der deutschen Aufrüstung und bei der Finanzierung deutscher Nachrichtendienste in Nord- und Südamerika. Die *Chase Bank* in Paris tätigte während des ganzen Krieges Geschäfte mit der deutschen Besatzungsmacht und der *Gestapo*. Die amerikanischen Direktoren der Bank wurden nach Kriegsende gerichtlich verfolgt, es kam aber nie zu einer Verurteilung.» (Hofer/Reginbogin, S. 607)

Die deutsch-amerikanische «Freundschaft» wurde aber nicht erst nach dem Krieg aufgebaut. Nein, auch während des Krieges verfuhr viele Konzernherren in den USA nach dem Motto «business as usual», was bedeutete, dass sie sich nicht davon abhalten lassen wollten, mit den völkermörderischen Nazis Geschäfte zu machen. In der Hochblüte der Angriffe gegen die Schweiz gelangte der jüdische US-Historiker *Herbert R. Reginbogin* mit einer aufsehenerregenden Studie an die Öffentlichkeit, worin er die Machenschaften gewisser Konzerne aus dem angelsächsischen Imperium aufdeckte – «big business» hatte also noch nie Berührungspunkte mit dem politischen Gegner.

Herbert R. Reginbogin geht in seinem mit dem Schweizer Historiker *Walther Hofer* gemeinsam herausgegebenen Werk «Hitler, der Westen und die Schweiz» einer Frage nach, die von der Bergier-Kommission (aus Mangel an Zeit, Geld oder ?) vernachlässigt wurde. Nämlich der Frage: Wie stand die Schweiz des Zweiten Weltkrieges im internationalen Umfeld da? Wie unterscheidet sich ihre Politik, ihre Wirtschaft, ihre Gesellschaft von denjenigen anderer Länder zu der Zeit? Es ist das Verdienst Reginbogins, anhand neusten Archivmaterials die Rolle der USA und Grossbritanniens ausgeleuchtet zu haben. Die Befunde sind pikant. Seine Schlussfolgerung: Wenn jemand anders als das nationalsozialistische Deutschland Schuld an der Länge des Zweiten Weltkrieges, am Holocaust, am Gewährenlassen des Totalitarismus trägt, so sind es Grossbritannien und die USA. Damit will Reginbogin nicht etwa die Schweiz reinwaschen, aber die Proportionen wahren. Sein Fazit:

«Wenn heute amerikanische Politiker, Journalisten oder sogenannte «Historiker» europäische neutrale Länder bezichtigen, durch ihre Profitgier während des Zweiten Weltkrieges zu einer Kriegsverlängerung beigetragen zu haben, so muss es erlaubt sein, die Handlungen amerikanischer Wirtschaftsführer sowie deren Banken und Schlüsselindustrien dagegenzuhalten. Das Ausmass von Geschäften zwischen amerikanischen Industriellen und Finanziers mit Hitler-Deutschland hat dazu bei-

getragen, das Rüstungspotential Deutschlands zu erhöhen und strategische Vorteile sowohl vor als auch noch während des Krieges zu eringen.» (Hofer/Reginbogin, S. 623)

Ernstfall immer auch mitdenken: Staaten sind nie Freunde, sondern haben nur Interessen

Nach diesen klaren Aussagen der beiden US-amerikanischen Forscher Codevilla und Reginbogin nun eine klärende Stimme aus der Schweiz, die heute den Widerstandswillen wieder aufrichtet. Nein, nicht etwa von einem Zunft-Historiker, denn deren Lehrstühle sind alle besetzt von Bergier-Adepten, sondern von einem weitgereisten Volks- und Betriebswirt, der für die deutschsprachigen Schweizer das geleistet hat, was *Christian Favre*, seines Zeichens Elektroingenieur, für die Welschen: Nach akribischer Durchforstung der einschlägigen Quellen und Darstellungen legten beide Bücher vor, die zur Pflichtlektüre im staatsbürgerlichen Unterricht werden müssten.¹

Fricks Quintessenz, insbesondere auch auf heute zu übertragen: In einer Welt, in welcher zwischen Staaten letztlich nie wirkliche Freundschaften, sondern immer nur Interessen bestehen, geht die Freiheit und Würde verloren, wenn der Ernstfall von demokratischen Staaten nicht auch immer mitgedacht und vorbereitet wird. Wer den Sozialstaat aufbaue und sich für neutral erkläre, dabei aber stolz verkünde, man investiere nichts in die Rüstung, der dürfe sich dann nicht wundern, wenn sich die politische Lage über Nacht ändert und ein ehemals befreundetes Land das so geschaffene Machtvakuum selber füllt. So geschehen mit Dänemark und Norwegen im Jahre 1940, so aber auch wieder möglich heute. Man könne zwar schon sagen, wir wehrten uns im Falle eines Angriffs nicht, weil es ja keinen Sinn mache, sich gegen eine Übermacht zu verteidigen! Die Konsequenzen? Die Besatzungsmacht wird die Männer des besetzten Landes selbstverständlich als Zwangsarbeiter verschleppen, zum Ausbau der Rüstungsindustrie und zur Freisetzung der einheimischen Arbeiter und Bauern für die eigene Angriffsarmee. Eventuell muss der Unterworfene dann auch Kriegsdienst leisten, wird Teil der Eroberungsmaschinerie, wird töten, nur schon, um nicht selber getötet zu werden. Diese schrecklichen Konsequenzen, denen sich die Pazifisten Belgiens, Dänemarks, Norwegens, Frankreichs usw. gegenübersahen, aber auch die Wehrhaften, die unterlagen, wie die Serben, beschreibt Frick in seiner Studie und zerstört auf heilsame Art und Weise jede Illusion, man könne sich auch heute passiv verhalten, dann sei man halt Untertan, so schlimm werde es schon nicht werden. Die Geschichte, so Frick, hat diese Ansicht noch immer auf schmerzhaft Weise Lügen gestraft.

Ein Volk, welches sich nicht wehrt, wird nicht ernst genommen

Ein Volk, welches sich nicht wehrt, wird nicht ernst genommen. Das ist heute so, wenn man die höhrenden Stimmen des Knechts SPD und jene ihres Herrn jenseits des grossen Wassers hört. Das war auch damals schon so, zugleich aber auch im umgekehrten Sinne: So wurden die Schweizer Verteidigungsanstrengungen im Zweiten Weltkrieg, insbesondere die Errichtung eines Reduits, im grossen Kanton drüben, und nicht nur dort, mehr als nur ernst genommen. Da war in keiner Weise von einem angeblichen Defätismus der Eidgenossen die Rede, sondern von Kampfesmut und Wehrhaftigkeit, an welcher sich die Wehrmacht die Zähne ausbeissen werde, so der General der Gebirgstruppen der Wehrmacht, *Franz Böhme*, in seiner Angriffs-

Bezwingen des Reduits – eine schwer zu lösende Aufgabe

«Die Schweizer Landesverteidigung verfügt über ein Heer, das schon wegen seiner zahlenmässigen Stärke ein äusserst beachtlicher Faktor ist. Die Bezwingung der sich erbittert verteidigenden Truppen im Hochalpenreduit wird eine schwer zu lösende Aufgabe darstellen.»

Franz Böhme, General der deutschen Gebirgstruppen, in einer für die SS erstellten Angriffsplanung gegen die Schweiz, Sommer 1943. (Zit. nach Frick, S. 57)

studie gegen die Schweiz. Und die Londoner «Times» betonte, keine Armee der Welt könne so schnell mobilisieren wie die schweizerische, und auch die Wehrmachts-Angriffsstudie *Tannenbaum* von 1940 bestätigt diese Einschätzung, wenn auch mit anderen Hintergedanken. Deshalb wäre es auch heute von allergrösster Bedeutung, den Angriffen gegen die Schweiz beherzt entgegenzutreten und sich damit Respekt zu verschaffen!

Das für die deutschen Truppen im Felde bestimmte «Kleine Orientierungsheft Schweiz» des Generalstabes des Heeres vom 1. September 1942 schreibt über das Milizsystem der Schweiz, was die Bergier-Ideologen in ihrer Nato-Hörigkeit immer nur zu verunglimpfen wussten: «Das schweizerische Milizsystem ermöglicht eine vollständige Erfassung der Wehrfähigen unter verhältnismässig geringen Kosten. Es erhält den im schweizerischen Volk seit je regen soldatischen Geist und gestattet die Aufstellung eines für das kleine Land sehr starken und zweckmässig organisierten, schnell verwendungsfähigen Kriegsheeres. Der schweizerische Soldat zeichnet sich durch Heimatliebe, Härte und Zähigkeit aus.» (zit. nach Frick, S. 55)

Wo bleibt der aufrechte Gang, Ihr Herren Professoren?

Dem ist auch heute noch so, fasst man nur die Jugend ins Auge, die sich mehr und mehr gegen die intellektuelle Arroganz der Schweiz-Verächter auf den Lehrstühlen, in der Politik und in den Redaktionsstuben zu wehren beginnt.

Der bereits genannte General Böhme sagte über das von den Bergier-Geschichtsklitterern als Mythos bezeichnete Reduit: «Die Schweizer Landesverteidigung verfügt über ein Heer, das schon wegen seiner zahlenmässigen Stärke ein äusserst beachtlicher Faktor ist. Die Bezwungung der sich erbittert verteidigenden Truppen im Hochalpenreduit wird eine schwer zu lösende Aufgabe darstellen.» (zit. nach Frick, S. 57)

Es mutet schon eigenartig an, die Würdigung der Leistungen unserer Vorväter aus Wehrmachtsquellen zu erhalten, während die staatlich verordneten Geschichtslügen uns das Gegenteil weismachen wollen.

Frick zieht am Schluss seines Buches ein Fazit in 10 Punkten, von welchen hier der vierte, sechste und zehnte in Erinnerung gerufen seien; geben sie doch wertvolle Hinweise, wie die Erkenntnisse aus der Geschichte für den aufrechten Gang auch in der heutigen, nicht weniger brisanten Zeit nutzbar gemacht werden können: Ohne Wehrhaftigkeit und das Aufstellen einer glaubwürdigen Armee ist ein Land nicht wirklich souverän.

So muss ein Angriff auf das Land jedem Angreifer als zu teuer erscheinen, und falls er den Angriff doch wagt, muss er in einen langen und entschlossenen Kampf verwickelt werden. Dies bedingt aber eine gute Ausrüstung und eine harte, kriegsnahe Ausbildung, Disziplin und grosse Selbständigkeit von Führern und Soldaten. Werde die Wehrhaftigkeit einmal vernachlässigt, sei es schwierig, sie kurzfristig zu beleben [...]

Wer meint, mit einem Verzicht auf Verteidigung sich Schonung zu erkaufen, wird durch die Geschichte Lügen gestraft: Geiselnahme, Rekrutierung von Zwangsarbeitern oder Missbrauch als Kanonenfutter sind die Folgen. Frick: «Es gibt nur eine Antwort, die auch moralisch einwandfrei ist: Dem Frieden

«Corporate capitalism» und Hoch-Finanz verbinden Achse und Alliierte – und heute?

«Im Januar 1940 bewilligte das «Trading with the Enemy Department» die Fortsetzung der britischen Beteiligung am *Transradio Konsortium*. [...] Die britische Regierung und Teile der englischen Industrie wünschten keine Wiederholung des totalen Krieges gegen Deutschland wie zwischen 1914–1918. Man suchte nach Kompromissen, die es England, Deutschland und möglichst auch den USA erlaubten, die weltweiten Strukturen des «corporate capitalism» und der internationalen Finanz, die sich zwischen den Kriegsjahren entwickelt hatten, beizubehalten, und damit auch die Aufteilung der Weltmärkte in Interessensphären.» (Hofer/Reginbogin, S. 510f.)

verpflichtet sein, aber eine starke Armee bereit halten, die nur im Falle eines Angriffes kämpft, aber dann mit kompromissloser Entschlossenheit.» (Frick, S. 119)

Was die Neutralität betrifft, so schützt sie weder vor Freund noch Feind und bedarf als Schutzschild deswegen unbedingt einer glaubwürdigen Armee: «Deutschland hat zahlreiche neutrale Länder überfallen, selbst solche, die auf seine Initiative hin noch kurz vorher Nichtangriffspakte mit ihm abgeschlossen hatten. Aber auch die Alliierten haben genau so gehandelt, wenn es ihrem Interesse entsprach.» (Frick, S. 121)

Damit die Neutralität glaubwürdig ist, muss sie gegen jede Partei verteidigt werden. Ohne Rücksicht auf Sym- oder Antipathien. In dem Zusammenhang ordnet Frick auch das Treffen von General *Guisan* mit SS-General *Schellenberg* ein. *Guisan* habe damit dem deutschen Oberkommando die Versicherung zukommen lassen, die Schweiz werde entschlossen gegen jeden kämpfen, der ihre territoriale Integrität verletze, auch gegen die Alliierten: «Es galt zu verhindern, dass Deutschland die Schweiz vorsorglich angreife, weil es dem Schweizer Willen misstrauen könnte, auch einen alliierten Durchmarsch durch ihr Territorium mit aller Kraft zu bekämpfen.» (Frick, S. 122)

Dem Imperium klare Abwehr-Signale senden

Schliesslich gibt Frick zu bedenken, dass wir uns bei all unseren Entscheiden immer bewusst sein sollten, «dass nicht alle Fragen, die wir entscheiden, nur innenpolitischer Natur sind. Wir senden damit auch Signale in die Welt, die dort aufgenommen und interpretiert werden.» (Frick, S. 126)

Bis 1939 hätten die meisten Regierungen der europäischen Demokratien Hitler signalisiert, dass sie demoralisiert und nicht bereit seien, für ihre Werte zu kämpfen. Grossbritannien und Frankreich luden so ebenfalls Schuld für den Zweiten Weltkrieg auf sich, weil sie sich in München nicht entschieden gegen Hitler wandten: «Durch ihre Kapitulation haben die beiden Mächte auch die Bevölkerung Berlins desavouiert, die noch drei Tage vor München in aller Deutlichkeit ihre Gegnerschaft gegen den Krieg demonstriert hatte.» (Frick, S. 126) Anders die Schweiz: Sie sandte das deutliche Signal aus, dass sie zum Kampf entschlossen sei. So notierte der deutsche Generalstabschef *Halder* im Früh-

Fortsetzung auf Seite 6



ISBN 3 85823 882 1

Big Business ohne Ethik, Moral und Demokratie – damals, und heute?

«Es ist aber nun einmal eine Tatsache, dass Geschäftsleute auch mit Leuten und Regierungen, welche sie nicht bewundern, Geschäfte tätigen. Niemand sollte sich etwas vormachen. Deutsche, amerikanische und britische Geschäftsleute, deren Tätigkeit man in der heutigen Geschichtsschreibung so gerne unter der Rubrik Friedensapostel aufgeführt sehen möchte, waren ausschliesslich an Stabilität durch Kontrolle von Märkten und Preisen interessiert, und nicht daran, Pluralismus und Demokratie zu stärken. Speziell gewisse amerikanische Geschäftsleitungen möchten sich heute den «Missionarshut» aufsetzen, um ihre Unterstützung der deutschen Kriegswirtschaft zu bemänteln. Profite zu erzielen ist nach wie vor die einzige Existenzberechtigung eines Unternehmens. Die amerikanische Aussenpolitik existiert, um die nationalen Interessen des Landes zu schützen. Es kann niemals Sache der Geschäftswelt sein, diese Aufgabe zu übernehmen. Die amerikanische Gesetzgebung hat grundsätzlich versäumt, den US-Firmen klare Vorschriften zu machen, die den Transfer von hochsensitivem Know-how, wie zum Beispiel die Herstellung von Ethylen, verboten hätten. Dieses Versäumnis hatte zur Folge, dass amerikanische Unternehmen aus Industrie und Finanz in den 1930er und 1940er Jahren *Hitlers* Wiederaufrüstung unterstützen konnten. Sie beeinträchtigten damit Amerikas nationale Sicherheit und trugen zu einer Verlängerung des Zweiten Weltkrieges bei.» (Hofer/Reginbogin, S. 592)

Singapur als Friedensstifter und ausgleichende Kraft in Fernost

Wie Handlungen auf Grund von Fehleinschätzungen zu Kriegen führen könnten

ts. In der «International Herald Tribune» vom 8./9.9.2012 berichtet *Jane Perlez* aus Peking über einen eindrücklichen Vorgang: Der winzige Stadtstaat Singapur nimmt eine wohl-tuend friedensstiftende Rolle zwischen zwei Grossmächten ein – ein Modell für Friedensstiftung, wie wir sie in Europa durch das Handeln der neutralen Schweiz kennen: Kleinststaaten, die vermitteln und auf gütlichen Ausgleich hinarbeiten, zum Wohle der Menschheit.

Zur Ausgangslage: Seit geraumer Zeit lässt das aufstrebende China vermehrt die Muskeln spielen, wohl, so vermuten Analysten der Region, weil das Reich der Mitte davon ausgeht, die USA seien im Niedergang.

In dieser heiklen Situation, wo der Streit um Inseln schnell zu einem grösseren Konflikt führen könnte, der in seiner Dimension wie jeder Krieg nicht im voraus abzuschätzen und allenfalls einzugrenzen wäre, unternimmt der Premierminister von Singapur einen wichtigen Schritt: Er reist nach China, und zwar zu einem Referat in der zentralen Parteischule der Kommunistischen Partei, und fordert die asiatische Grossmacht zu einer Politik des Augenmasses auf. Da Singapur seit langem gute Beziehungen zu China und den USA pflegt, kann der Premierminister Singapurs in Peking eine realistische Sicht der Dinge einbringen, die da lautet: Fühlt euch in die Situation des anderen ein und handelt so, dass ihr das Gegenüber bei seinem vollen Wert nehmt. Wer den anderen falsch einschätzt, könnte sich zu einem Verhalten verführt sehen, welches das Gegen-

über zu einer militärischen Reaktion veranlassen könnte, auf die wiederum militärisch reagiert würde, und ein grösserer Krieg wäre die Folge. Ein Krieg, der sich hätte vermeiden lassen können, hätte man nur die Gegenseite richtig eingeschätzt. Ein Vorgang, den der inzwischen verstorbene US-Verteidigungsminister der 1960er Jahre *Robert S. McNamara* in seinem Film «Fog of war» als wichtige Lehre für die Nachkommen hinterlassen hat: «Denke wie der Feind», «entwickle Empathie», dann lässt sich eine Kubakrise lösen, im Gespräch und ohne Krieg, oder gar den Atomkrieg.

Wie füllt nun aber Singapur seine Rolle als Friedensvermittler aus? Die amerikanische Journalistin *Jane Perlez* beschreibt den Ablauf wie folgt: «In einem unüblichen öffentlichen tour d'horizon über strategische Probleme im Zusammenhang mit Chinas Aufstieg warnte der Premierminister von Singapur, *Lee Hsien Loong*, das Reich der Mitte, es sollte die USA nicht als Macht im Niedergang betrachten, sondern als eine Nation mit der Fähigkeit, sich zu erneuern und rasch wieder auf die Beine zu kommen.»

Herr Lee habe sich an die Chinesen gewandt anlässlich eines Besuchs der zentralen Parteischule in Peking, der Kadenschmiede der KP Chinas, und dringend geraten, China solle die Inselstreitigkeiten im Rahmen der *Asean* lösen, nicht mit den diversen Ländern einzeln, so wie dies auch die USA vorzögen. Herr Lee ist der Sohn von *Lee Kuan Yew*, dem langjährigen Staatsoberhaupt von Singapur, welcher

enge Beziehungen sowohl mit China als auch den USA pflegte und bei den chinesischen Kommunisten grosses Ansehen auch bezüglich seiner politischen Einschätzungen genoss. Dass Lee gerade diesen Ort für seine Warnung gewählt habe, die KP-Kadenschmiede, die vom künftigen starken Mann Chinas, *Xi Jinping*, geleitet wird, unterstreiche die Wichtigkeit und Dringlichkeit, die Lee seiner Warnung beimisst, so *Perlez* weiter.

Herr Lee habe in seiner Rede die Stellung der USA in der Welt thematisiert, ein Thema, welches die chinesischen Akademiker und Publizisten fasziniere, wobei sie in den letzten Monaten eher in bissigem Ton über einen angeblichen Stillstand der USA berichtet hätten.

«Zurzeit sehen sich die USA mit einigen sehr schweren Problemen konfrontiert, aber es ist keine Nation im Sinkflug», habe Lee über die USA gesagt, und weiter: «Die USA sind eine enorm belastbare und kreative Gesellschaft, welche Talente aus der ganzen Welt anzieht und absorbiert, darunter auch viele aus China und dem restlichen Asien.»

Mit einem leichten Augenzwinkern gegenüber seinen Gastgebern bemerkte Lee, dass alle acht Nobelpreisträger chinesischer Abstammung schon US-Bürger gewesen oder dies in der Folge geworden seien. «Wir sollten die Fähigkeit der USA, sich neu zu beleben und sich neu zu definieren, niemals unterschätzen», so die aus einem tiefen Friedensanliegen resultierende Quintessenz des Gastes aus Singapur.

Der Stadtstaat Singapur ist seit Jahren ein wichtiger Stützpunkt für die US-Navy und deren Zugang zum Südchinesischen Meer. Auch hat Singapur letztes Jahr der neusten Generation schneller Kriegsschiffe der US-Marine erlaubt, seine Häfen zu benutzen.

Gleichzeitig unterhält Singapur aber starke Verbindungen zu China, und zwar seit dem Besuch von *Deng Xiaoping* im Jahre 1978. Der Nachfolger von *Mao Zedong* soll sich ob der Wirtschaftskraft Singapurs derart beeindruckt gezeigt haben, dass er das Modell für China vorschlug, zuerst in Sonderwirtschaftszonen, dann in ausgedehnter Masse. Das Resultat der Übernahme des Modells Singapur ist das heutige China, die aufstrebende Weltmacht – so nachzulesen in den Büchern des Spitzendiplomaten aus Singapur, *Kishore Mahbubani*.

Der Vorgang um den Premierminister aus Singapur zeigt, dass die Ideen eines *Immanuel Kant*, formuliert in seinem Werk «Über den ewigen Frieden» und auf den Punkt gebracht im kategorischen Imperativ, weil universell und überzeitlich gültig, überall auf der Welt umgesetzt werden können – nicht nur von Europäern, welche, so *Kishore Mahbubani* bedauernd, dies heute leider verlernt hätten. Um so wichtiger die Handlung von Premierminister Lee, welche auch im Westen Nachahmer finden sollte, – Konflikte gäbe es genug, die ehrliche Vermittler dringend nötig hätten, man denke nur an Syrien, Iran, Palästina und viele andere. •

Quelle: *International Herald Tribune* vom 8./9.9.2012

«Gegen «Pseudo-Ereignisse» ...»

Fortsetzung von Seite 5

ling 1940 in sein Kriegstagebuch, ein Angriff auf Frankreich durch eine unverteidigte Schweiz wäre eine verlockende Möglichkeit. Er musste diese Option aber ausschliessen, da die Schweiz eben nicht unverteidigt war.

Und wie steht es um unsere Signale heute? Zeigen wir dem Kettenhund SPD und ihrem Master unsere Entschlossenheit deutlich genug?

Abschliessend sei alt Staatssekretär *Franz Blankart*, einem Diplomaten bester alter Schule, das Wort gegeben. In seinem Geleitwort zum oben zitierten Werk von *Codevilla* schrieb er im Jahre 2001, welche Konsequenzen aus den Angriffen gegen die Schweiz der 1990er Jahre von der US-Ostküste her zu ziehen seien. Seine Worte dürften wohl auch heute nichts an Aussagekraft verloren haben.

Blankart gibt zu bedenken: «Aus der «ratio legis» der Verfassung ist zwingend eine Schlussfolgerung zu ziehen: In einer grösseren diplomatischen Krise bedarf es eines Verantwortlichen auf Bundesratsebene für die Innenfront, eines Chefunterhändlers für die Aussenfront und eines Regierungssprechers. Die übrigen Exekutivvertreter mögen schweigen. Nichts ist für die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Position und für eine internationale Verhandlung schädlicher als widersprüchliche Stellungnahmen unter Bundesratsmitgliedern und Chefbeamten. Dasselbe gilt für die zahlreichen und unkoordinierten «diplomatischen» Initiativen von Parlamentsmitgliedern.» Und um Blankart hier weiterzudenken: Besonders zu stoppen wären die Aktivitäten einer 5. Kolonne gekaufter Heimatmüder! Und es müsste sichergestellt werden, dass die Verantwortlichen auch fest im Volk verankert und der direkten Demokratie, dem Föderalismus und der immerwährenden bewaffneten Neutralität verpflichtet sind. Des weiteren betont Blankart: «Ein Bundesrat geht nicht wallfahrten [...], will heissen, in Zitierung einer Aussage des beherzten Bundesrats *Hermann Obrecht*, der sich standhaft dagegen wehrte, wie *Benes* in Berlin antraben zu müssen, dass weder die Bundesrätinnen *Widmer-Schlumpf* noch *Doris Leuthard* in Steuersachen oder Fluglärmsfragen im Vorzimmer der Macht antichambrieren gehen und sich dafür in den deut-

schen Medien mit Hohn übergiessen lassen müssen!

Und schliesslich die Quintessenz Blankarts: «Was uns in dieser Krise schmerzlich gefehlt hat, war eine Persönlichkeit vom moralischen Format eines General *Guisan*, eine klarsichtige, glaubwürdige und zur Treue befähigte Person, die sich mit den wägststen Leuten des Landes umgibt, welcher Partei diese auch angehören mögen.»

Worte, die unserer heutigen Classe politique ins Stammbuch geschrieben gehören und ihnen zur Scham gereichen sollen. Ein Aufruf aber auch an alle Bürger mit Zivilcourage, in der heutigen Situation aufrecht zu unserem Land zu stehen und dazu den Schutt der Bergier-Geschichtsklitterung dorthin zu schaufeln, wo er hingehört: auf den Misthaufen der Geschichte – wenn sich dazu imperiales Imponiergehabe entsorgen lässt, um so besser. Dass auch jeder Schweizer, der wirklich sozial gesinnt ist, sich einreicht und imperialer Arroganz, und sei sie auch eilfertig weitergereicht durch die Parteigenossen in Deutschland, die Stirne bietet, stünde ihm gut an. Was linke Vorväter im Zweiten Weltkrieg schafften, zur Idee der Freiheit zu stehen, die Armee zu unterstützen gegen den Gröfaz und dessen Propaganda zu durchschauen, das sollten deren Söhne heute angesichts der Chuzpe der Hochfinanz, deren etwas raffinierter Propaganda und deren Steigbügelknechten nicht mehr schaffen? Das kann doch nicht wahr sein! •

¹ Gotthard Frick. «Hitlers Krieg und die Selbstbehauptung der Schweiz 1933–1945. Eine neue, umfassende Sicht auf die Selbstbehauptung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und die daraus für die Zukunft zu ziehenden Lehren». Eigenverlag 2011. ISBN 978-3-033-02948-4. Siehe auch Rezension in *Zeit-Fragen* Nr. 30 vom 25.7.2011. Und: Christian Favre. *La Suisse avant et pendant la Seconde Guerre mondiale*. Lyon 2011. ISBN 978-2-35508-841-4

Literatur:

Gotthard Frick. *Hitlers Krieg und die Selbstbehauptung der Schweiz 1933–1945. Eine neue, umfassende Sicht auf die Selbstbehauptung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und die daraus für die Zukunft zu ziehenden Lehren*. Eigenverlag Gotthard Frick, CH-4103 Bottmingen. Februar 2011. ISBN 978-3-033-02948-4

Angelo M. Codevilla. *Eidgenossenschaft in Bedrängnis. Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg und moralischer Druck heute*. Novalis Verlag Schaffhausen 2001. ISBN 3-907160-81-9

Walther Hofer, Herbert R. Reginogin. *Hitler, der Westen und die Schweiz, 1936–1945*. Zürich 2001, Verlag NZZ. ISBN 3 85823 882 1

Neutralitätsinitiative

mw. Am 13. September 2011 wurde eine Eidgenössische Volksinitiative «Für eine neutrale, weltweite und humanitäre Schweiz (Neutralitätsinitiative)» lanciert. Der Grundsatz der immerwährenden bewaffneten Neutralität gehört zu den unverzichtbaren Pfeilern des Schweizer Staatsverständnisses und ist seit jeher in der Schweizer Bevölkerung fest verankert. In der Studie «Sicherheit 2011. Ausser-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend» der ETH Zürich (hrsg. von *Tibor Szvircsev Tresc* und *Andreas Wenger*) erreichte die Zustimmung zur Neutralität 94% der Befragten! Die Armee wird von 79% der Bevölkerung für notwendig gehalten, 5% mehr als im Vorjahr.

Anliegen der Initianten ist es, das Neutralitätsprinzip in einem Grundsatzartikel in der

Bundesverfassung zu verankern. Bisher ist dessen Beachtung zwar als Aufgabe des Bundesrates und der Bundesversammlung in der Verfassung festgelegt, aber seine Würdigung in einem separaten Artikel der BV ist sicher angebracht.

Initiativtext

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 54a (neu) Neutralität

Die Schweiz ist neutral. Sie verfolgt den Grundsatz der immerwährenden bewaffneten Neutralität.

Art. 58 Abs. 2bis (neu)

2bis Die Armee leistet Einsätze im Ausland ausschliesslich im Rahmen der Katastrophenhilfe.

«Wenn ein Flugzeug, dann Gripen» Helmut Hubacher hat Vertrauen in die Schweden



Helmut Hubacher
(Bild zvg)

Courtemaiche (JU). Die Sicherheitspolitik gehörte zu den Kernthemen des früheren langjährigen SP-Nationalrates und Parteipräsidenten Helmut Hubacher. Er ist überzeugt, dass die Schweiz eine Luftwaffe braucht, solange sie eine Armee hat. Neu an der Gripen-Beschaffung ist für ihn, dass sich die Armee nicht mehr gegen das Verteidigungsdepartement hat durchsetzen können.

Basler Zeitung: Herr Hubacher, braucht die Schweizer Armee ein neues Kampfflugzeug?
Helmut Hubacher: Solange wir eine Armee haben, braucht sie eine Luftwaffe. Für die nächsten 10 bis 15 Jahre wäre der FA/18 vermutlich ausreichend. Von mir aus braucht es jetzt keine neuen Flieger. Wenn jedoch ein neuer Kampfflugzeug beschafft wird, dann bin ich für den Gripen.

Warum, weil er der billigste ist?
Nein, der Gripen reicht für die Zwecke der Schweiz aus. Ich bin mit Bundesrat Ueli Maurer einverstanden, wenn er sagt: Was für Schweden gut ist, ist auch für die Schweiz gut. Ich habe Vertrauen in dieses Flugzeug. Die Schweden offerierten ihre Kampfflugzeuge der Schweiz schon bei früheren Käufen. Als in den Sechzigerjahren die *Mirage* evaluiert wurde, war auch der schwedische *Draken* im Spiel.

«... sinnvoll, dass die neutrale Schweiz jetzt einmal mit dem neutralen Schweden zusammenarbeitet ...»

Wie wirkt Verteidigungsminister Ueli Maurer bei dieser Flugzeugbeschaffung auf Sie?

Neu für mich ist, dass bei dieser Flugzeugbeschaffung der Departementschef entscheidet und nicht der Fliegergeneral und dass es nicht das beste Flugzeug sein muss. Frühere Chefs des Militärdepartements zeigten weniger deutlich, wer der Chef ist.

Seit gestern ist bekannt, dass Schweden für den Preis, die Technologie und den Liefertermin des Gripen garantiert. Vertragspartner der Schweiz ist also der schwedische Staat. Vertrauen Sie dieser Abmachung?

Natürlich, die Schweden haben schon bewiesen, dass sie vertrauenswürdig sind. Ich finde es sinnvoll, dass die neutrale Schweiz jetzt einmal mit dem neutralen Schweden zusammenarbeitet und nicht mit einem Nato-Partner wie den USA oder Frankreich.

Quelle: *Basler Zeitung* vom 29.8.2012. Das Interview führte *Thomas Lüthi*.

«Going to Court»

von René Schneider

Am 27. August 2012 wurde eine Sendung im *Deutschlandfunk* angekündigt:¹

«Der Streit über das Steuerabkommen mit der Schweiz spitzt sich zu. Ein Zürcher Professor schlägt schon vor, Deutschen die Durchfahrt durch den Gotthard-Tunnel zu sperren oder zu erschweren. Der Ärger darüber, dass Nordrhein-Westfalen weiterhin entwendete Daten Schweizer Banken aufkauft, schlägt nicht nur in unserem Nachbarland hohe Wellen. Die Bundesregierung wirft den SPD-regierten Ländern vor, mit dem Kauf das bereits ausgehandelte Abkommen zu gefährden. Die Sozialdemokraten wiederum sprechen von bandenmässiger Steuerhinterziehung und organisierte Kriminalität. Das bereits ausgehandelte Abkommen geht ihnen nicht weit genug, und sie wollen es nun im Bundesrat scheitern lassen.

- Darf man gestohlene Bank-Daten kaufen?
- Kann man Steuerhinterzieher mit Nachzahlungen davonkommen lassen?
- Soll die Berliner Politik hart bleiben, soll man den Schweizern die Kavallerie schicken, wie es einst *Peer Steinbrück* formuliert hat?
- Oder geht es darum, mit dem Steuerabkommen endlich für Rechtssicherheit und eine verlässliche Einnahmequelle zu sorgen?

Studiogäste:

- *Antje Tillmann*, CDU-Bundestagsabordnete und stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses
- *Manfred Lehmann*, Vorsitzender der Steuergewerkschaft in Nordrhein-Westfalen
- *Casper Selg*, Deutschland-Korrespondent des *Schweizer Radio DRS*
- Moderation und Redaktion: *Martin Zagatta*

Geboten wurde den Hörern und Hörerinnen eine Diskussion, in der vor allem Herr Selg (SRF) mit sachlichen Argumenten brillierte, denn er war weder der CDU noch der SPD-nahen «Steuergewerkschaft in NRW» irgendwie verbunden.

Die Komposition der Gästeliste ist vielschichtig

Die Frau aus der CDU-Bundestagsfraktion bekam nicht einen Mann aus der SPD-Opposition im Bundestag als gleichwertigen Gesprächspartner gegenüber gestellt, nicht einmal einen Parlamentarier aus Nordrhein-Westfalen, wo inzwischen die – insgesamt zwölfte – illegale Daten-CD erworben wurde, sondern in die Rolle der Befürworter dieser illegalen Praxis schlüpfte schlicht ein Mann von der Steuergewerkschaft, dem man natürlich abnimmt, dass Steuerhinterziehung eine üble Straftat ist, die verfolgt werden muss, ohne die Gefahr, ein bekennendes oder praktizierendes SPD-Mitglied aus dem einen oder anderen Parlament damit zu «verbrennen», wie es im Agenten-Jargon so anschaulich heisst.

Mag die CDU-Frau sich also um Kopf und Kragen reden, die SPD hat damit nichts zu tun, weder als Opposition im Bundestag, noch als Regierung in Nordrhein-Westfalen (NRW).

Schön, dass wenigstens die schweizerischen Ansichten durch den parteipolitisch neutral argumentierenden Deutschland-Korrespondenten des SRF vertreten wurden.

Strafrecht, Verfassungsrecht und Völkerrecht

In ihrer ersten Einlassung brachte Frau Tillmann (CDU) zum Ausdruck, dass es vor allem um die Frage der «Rechtsstaatlichkeit» ginge, Herr Selg (SRF) sprach sogar das Völkerrecht an. Leider blieb es nur bei diesen Ansätzen, der Rest der Diskussion drehte sich um Fragen der Strafverfolgung deutscher Steuerhinterzieher, allenfalls noch ihrer Gehilfen in schweizerischen Banken, und um das «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt», welches am 21. September 2011 in Berlin unterzeichnet wurde, und noch nicht in Kraft getreten ist.²

Die naheliegende Frage, welche unabhängige Stelle den Konflikt lösen könnte, wurde

«Yet, for over 50 years, there has existed an institution that could have helped to avoid many of these wars using international law. The countries of the world are already theoretically bound by the UN Charter to seek judicial settlement before going to war, yet the legal arm of the UN itself is largely unknown, unreported, under-financed and unappreciated by member states. This noble institution is the International Court of Justice. One must ask: Why is the Court so ignored?»

leider nicht diskutiert, allen Teilnehmern der Runde fehlte nämlich der Überblick, jeder sah nur die naheliegenden Fragen und Antworten.

Ganz unten in der Problematik ist natürlich der Straftäter, der deutsche Steuerhinterzieher und gegebenenfalls sein Gehilfe in einer ausländischen Bank (wobei der normale «Bankier» bestimmt kein «Bankster» ist, man beachte bitte den feinen Unterschied). Da empören sich die ehrlichen Steuerzahler mit Recht über den oder die Straftäter, und genauso ehrlich ist sicherlich auch der Neid jener, die selbst gern Millionenbeträge hinterzögen, wenn sie diese nur hätten!

Andere wurden in der rechtsstaatlich geprägten Bundesrepublik Deutschland sozialisiert, welche aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges aufgebaut wurde, und bis zum Anschluss des mitteldeutschen Staates zwischen Elbe und Oder, gemeinhin «Westdeutschland» oder «W-Germany» genannt wurde. Wer am Tag der Verkündung des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 geboren wurde, ist heute schon 63 Jahre alt, das heisst, er hat im Elternhaus, in der Schule, auf der Universität und an vielen anderen Orten der politischen Bildung immer wieder den Satz gehört: «Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmässige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.»³

Gilt dieser Satz nicht mehr, seit die in der ehemaligen «DDR» sozialisierte Frau *Merkel* als Bundeskanzlerin die Macht in «Gesamtdeutschland» ausüben darf? Soll der Westdeutsche wegsehen oder beide Augen zudrücken, wenn rote und grüne Gutmenschen die Verfassung und das Völkerrecht brechen, so wie 1999 im Krieg gegen Jugoslawien? Wenn Frau *Merkel*, vertreten durch ihren Finanzminister Herrn *Wolfgang Schäuble*, im «Steuerstreit» mit der Schweiz heute eher rechtsstaatlich dasteht als ihre offen kriminellen Widersacher aus der SPD nebst Koalitionären, ist das nur ein Beweis für die politische Verschlagenheit dieser Akteure: *Merkel* und *Schäuble* können vordergründig die Fahne der Rechtsstaatlichkeit hochhalten und ausserpolitisch die Biedermänner spielen, während die SPD-Leute die «Drecksarbeit» erledigen und sich auf internationaler Ebene weiter unbeliebt machen. So oder so, die Datenträger werden gekauft, das Geld strömt in die leeren Kassen der Länder und des Bundes und kann von dort mit vollen Händen in das Fass ohne Boden – und ohne demokratische Verfassung –, nämlich in den Moloch EU, geschaufelt werden. Frau *Merkel* strebt nach immer mehr Macht in der EU, und das funktioniert eben nur bei absoluter Gleichschaltung.

Verfassungsrecht, der innerstaatliche Rechtsbruch

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit dem Anschluss der «DDR» vom 3. Oktober 1990 nicht mehr die gute alte «Bonner Republik», welche liebevoll Westdeutschland genannt wurde, bevor ein gewisser Herr *Kohl* und seine Nachfolger alle mühsam erungenen Werte vernichteten, nur um persönlich davon zu profitieren. Der Ehrgeizling *Kohl* gierte nach einem sicheren Platz in den europäischen Geschichtsbüchern, er opferte dafür die «Deutsche Mark» auf dem Altar der europäischen Unfreiheit, und er zementierte die Teilung Deutschlands: Was der Bevölkerung als «Einigungsver-

trag» oder sogar als «Wiedervereinigung» vorgegaukelt wurde, ist in Wirklichkeit der verfassungs- und völkerrechtswidrige Verzicht auf die unvergessenen deutschen Länder östlich von Oder und Neisse. So hatten die Gründer und Gründerinnen der Bundesrepublik Deutschland sich das nicht gedacht, als sie den letzten Artikel des Grundgesetzes formulierten: «Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.» (Artikel 146 GG)

Noch schlimmer als Herr *Kohl* trieben es seine Nachfolger *Gerhard Schröder* und *Joseph Martin* alias «Joschka» *Fischer*, die sich 1999 am ersten und natürlich völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Nato-Staaten gegen das souveräne Jugoslawien beteiligten. Die Zeit des Friedens in Deutschland dauerte vom 8. Mai 1945 bis zum 24. März 1999, und damit endete eine Epoche, deren Ende längst eingeläutet war, seitdem Herr *Kohl* das alte Deutschland, die Deutsche Mark und das deutsche Volk eintauschte gegen die «Europäische Union» nach dem Vertrag von Maastricht (1992), den «Euro» als Bargeld (2002) und die «Unionsbürgerschaft» im Reisepass. Was soll «Kohls Mädchen», wie Frau *Merkel* während ihrer Lehrzeit bei Herr *Kohl* von allen genannt wurde, jetzt anders machen, als die Macht in diesem europäischen Gebilde an sich zu reißen? Soll sie warten, bis England, Frankreich, Spanien oder eine andere Hegemonialmacht in der EU das Steuerrad in ihre Hände nimmt? Selbst wenn diese Länder es wollten, sie könnten es nicht, denn ihnen fehlt dazu die Wirtschaftskraft.

Und nicht nur die Wirtschaftskraft fehlt in diesen Ländern, ihnen fehlt vor allem ein Führer oder eine Führerin: Frau *Merkel*, «die Machturie aus dem Osten»,⁴ wie die österreichische Zeitung «*Kurier*» eine Besprechung des aktuellen Buches «*Die Patin*»⁵ überschrieb.

Der Rezensent, Herr *Frauscher*, schliesst seine Buchbesprechung mit einer Feststellung, die man gar nicht deutlich genug hervorheben kann:

«In Deutschland kann man seit der Einigung politisch an die Spitze rücken, wenn man [...] an allen Vorgaben vorbeizieht, von denen sich die Mitspieler aus der alten Westwelt aufhalten lassen: Rechtsnormen und Verfassungswerte, Verträge und Wettbewerbsfreiheit, ethische Standards und moralischer Grundkonsens.»

Wen wundert es jetzt noch, dass «Kohls Mädchen», die «Machturie» *Merkel*, welche in der «DDR» sozialisiert wurde, die deutsche Verfassung und das internationale Recht gerne bricht, wenn es für sie persönlich nützlich ist?

Völkerrecht, der zwischenstaatliche Rechtsbruch

Noch vor zwei Jahren waren es Frau *Merkel* und ihr damaliger Finanzminister *Peer Steinbrück*, die den illegalen Handel mit den Datendieben dummdreist und höchstpersönlich verantworteten, sekundiert von dem damaligen Innenminister Herrn *Schäuble*, dies sei «rechtlich in Ordnung und sachlich erforderlich».⁶

Heute bezeichnet Herr *Schäuble* das gleiche Tun als «scheinheilig, wenn ein sozialdemokratischer Finanzminister [...] mit Kriminellen zusammenarbeitet»,⁷ obwohl er selbst noch im Jahr 2010 «händeringend nach einem Bundesland, das die Steuersünder-CD aus Baden-Württemberg kauft»,⁸ suchte.

Aber diese innerstaatliche (nordrhein-westfälische) Zusammenarbeit «mit Kriminellen» ist im Aussenverhältnis zur Schweiz, also völkerrechtlich, eine Handlung der Bundesrepublik Deutschland. Im Aussenverhältnis zwischen den souveränen Staaten agieren nicht die bösen Steuerhinterzieher und die guten Steuerfahnder, sondern das souveräne Mitglied der Völkerrechtsgemeinschaft, die Bundesrepublik Deutschland, muss sich diesen kriminellen «Deal» der *Düsseldorfer Landesregierung* zurechnen lassen und ihn nach aussen vertreten. Frau *Merkel* hätte allen Grund, in Sack und Asche nach Bern zu pilgern und um Vergebung zu bitten, aber statt dessen sitzt sie wie eine Spinne im Netz und wartet auf ihre fette Beute.

Da muss die Frage schon erlaubt sein, wie lange noch die Schweiz sich diese Situation gefallen lassen will und wann sie endlich bei dem *Internationalen Gerichtshof* (IGH) um Rechtsschutz nachsucht.

Solange *Merkel* Deutschland jeden Datendieb mit millionenschweren Belohnungen anstiftet, die souveräne Schweiz nach innen und aussen weiter zu destabilisieren und das positive Image des neutralen und wohlhabenden Landes, welches die Schweizer und Schweizerinnen sich mühsam aufgebaut haben, zu verzerren, so lange wird es keinen Rechtsfrieden geben.

Die diplomatischen Karten sind ausgespielt, die vertraglichen Abreden im «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt»⁹ wurden schon durch den Dissens über die deutsche Erklärung in der Schlussakte dieses Abkommens ad absurdum geführt, noch bevor dieses Abkommen überhaupt in Kraft gesetzt wurde, und *Steinbrücks* kriegerische Reiterhorden düften genauso wenig eine wünschenswerte Alternative sein, hüben wie drüben.

«Going to Court», persönliche Erinnerung und Empfehlung

Als ich am 10. Mai 1999 zum ersten Mal den IGH in Den Haag besuchte, herrschte dort Hochbetrieb: Verhandelt wurde über den [Eil-]Antrag von Jugoslawien gegen die Nato-Staaten wegen vorläufigen Rechtsschutzes gegen den völkerrechtswidrigen Bombenkrieg, der damals Jugoslawien in Schutt und Asche legte. Durch Zufall lernte ich *Mr. David Head* kennen, einen würdigen älteren Herrn aus London, der mir eine kleine Broschüre mit dem Titel «*Going to Court not War*» schenkte. Dort las ich die bemerkenswerten Sätze:

«Yet, for over 50 years, there has existed an institution that could have helped to

Fortsetzung auf Seite 8

¹ Quelle/URL: www.dradio.de/dlf/programmtipp/vorschau_dlf/1848520/

² Quelle/URL: Vorabdruck des Abkommens vom 21. September 2011, www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/24360.pdf

³ Artikel 20 Abs. 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG), das sogenannte Rechtsstaatsprinzip.

⁴ Quelle/URL: Buchbesprechung von Reinhard *Frauscher*, im «*Kurier*» vom 24. August 2012, Seite 6, <http://kurier.at/nachrichten/4509315-angela-merkel-die-machturie-aus-dem-osten.php>

⁵ Gertrud *Höhler*: «*Die Patin – Wie Merkel Deutschland umbaut*», Orell Füssli, 296 Seiten

⁶ Quelle: *Financial Times Deutschland* vom 18.2.2008

⁷ Quelle/URL: «*Bild*» vom 23.07.2012, www.bild.de/politik/inland/wolfgang-schaeuble/warum-muessen-wir-fuer-spaniens-banken-blechen-25284794.bild.html

⁸ Quelle/URL: «*Der Spiegel*» Nr. 12/2012 vom 22.03.2010, www.spiegel.de/spiegel/print/d-69628949.html

⁹ Quelle/URL: Vorabdruck des Abkommens vom 21. September 2011, www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/24360.pdf

Herbstsession 2012: Zum Präventionsgesetz (PrävG)

Gesundheits-«Aussen»-politik (GAP) des Bundesrates – an Parlament und Volk vorbei

BAG-Krake – dem internationalen Grosskapital zuliebe

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

In der Herbstsession werden sich die Eidgenössischen Räte zum dritten und letzten Mal mit dem Präventionsgesetz befassen. Der Ständerat war mit guten Gründen nicht überzeugt von diesem zentralistischen Gesetz, das die gut funktionierenden föderalistischen Strukturen im schweizerischen Gesundheitswesen aushebeln und in die Privatsphäre der Bürger hineingreifen will. Dass eine uns derartig fremde Regelung nicht auf einheimischem Mist gewachsen ist, sondern uns von aussen übergestülpt werden soll, versteht sich von selbst. Und dass eine vom BAG (Bundesamt für Gesundheit) zentral gesteuerte Präventionspolitik sicher nicht billiger wäre als die Gesundheitsvorsorge der Kantone und Gemeinden sowie der zahlreichen privaten Organisationen im Land, ist ebenso klar.

Nach seinem Nichteintretensentscheid vom Dezember 2011 ist der Ständerat im zweiten Durchgang am 1. Juni 2012 nur mit Stichtscheid seines Präsidenten auf das Präventionsgesetz eingetreten. In der Detailberatung hat die kleine Kammer einige der allzu sehr nach ausländischer Provenienz riechenden Un-Begriffe gestrichen.

Es wird unsere Parlamentarier und die Bevölkerung sicher sehr interessieren und alarmieren, wenn sie erfahren, dass das BAG seine geplante Präventionspolitik längst in die Wege geleitet hat – mit oder ohne Zustimmung des Parlamentes zum PrävG!

Während der Nationalrat und der Ständerat sich sehr ausführlich und gewissenhaft mit dem Präventionsgesetz auseinandersetzen, dessen Zustandekommen immer noch offen ist, hat der Bundesrat – unter Missachtung der übergeordneten Kompetenzen der Legislative – am 9. März 2012 eine sogenannte «Schweizerische Gesundheitsausserpolitik» (GAP)¹ verabschiedet, die aus der Abteilung «Internationales» des BAG stammt. Diese GAP ist keineswegs nur nach aussen gerichtet, sondern beinhaltet in weiten Teilen die Aufnahme äusserer Einflüsse in die Innenpolitik.

«Going to Court»

Fortsetzung von Seite 7

avoid many of these wars using international law. The countries of the world are already theoretically bound by the UN Charter to seek judicial settlement before going to war, yet the legal arm of the UN itself is largely unknown, unreported, under-financed and unappreciated by member states. This noble institution is the International Court of Justice. One must ask: Why is the Court so ignored?»¹⁰

Seitdem, und nicht zuletzt durch die Klagen Jugoslawiens gegen die Nato-Aggressoren, ist der IGH aus seinem Schattendasein in das Licht der Öffentlichkeit getreten, und seine Dienste werden zunehmend mehr in Anspruch genommen. Die Frage, warum das Gericht «ignoriert» wird, kann man heute in dieser Allgemeinheit nicht mehr stellen.

Deutschland nimmt für sich in Anspruch, ein Rechtsstaat zu sein. So steht es im Grundgesetz, aber dazu hatte ein Schweizer Bankier schon vor vier Jahren, als der erste deutsche Angriff gegen das souveräne Fürstentum Liechtenstein geführt wurde, eine völlig andere Meinung.¹¹

Auch die Schweiz ist ein Rechtsstaat. Sie sollte den rechtsstaatlichen Weg zum IGH deshalb nicht scheuen, sondern diesen Staatsklageweg ganz souverän und stolz beschreiten. •

¹⁰ Quelle/URL: Institute for Law and Peace (Hrsg.), «Going to Court not War», 4. Auflage, London, Januar 1999, S. 2; vgl. David Head, «Going to Court not War», in: «Medicine, Conflict and Survival», Vol. 15, 1999, pp. 149–156 (p. 149), www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13623699908409449#preview

¹¹ Quelle/URL: «Konrad Hummler über Steuerhinterziehung», in: Die Weltwoche, Nr. 12/2008, www.weltwoche.ch/ausgaben/2008-12/artikel-2008-12-deutschland-ist.html

- Die GAP nimmt die Tendenzen, Ziele und Mittel des Präventionsgesetzes bereits am Parlament vorbei vorweg und geht teilweise weit darüber hinaus.

BAG steuert die ganze Bundesverwaltung nach Vorgaben von aussen

Ein Bundes-Präventionsgesetz sei wegen angeblich mangelnder Koordination der «Akteure» im schweizerischen Gesundheitswesen vonnöten – das will das BAG den Parlamentariern weismachen. In Wirklichkeit besteht im Gesundheitsbereich bereits seit 2006 eine «ergebnisorientierte Koordination» zwischen den verschiedenen Departementen, den Bundesämtern und sonstigen Dienststellen des Bundes. Damals wurde eine «interministeriell abgestützte nationale Zielvereinbarung» zur Gesundheits(aussen) politik produziert, als «wichtiges Arbeits- und Steuerungsinstrument der Bundesverwaltung». Ziel ist eine enge Kohärenz der Gesundheitspolitik in allen Politikbereichen. (GAP, S. 2):

«Eine kohärente GAP sucht Synergien zwischen den Politikbereichen. Ziel ist es, dass alle mitbeteiligten Politiksektoren langfristig in ihrem eigenen Sektor «bessere» Politiken betreiben können, welche die Glaubwürdigkeit, Transparenz und Effektivität der Schweizerischen Politik insgesamt stärken.» (GAP, S. 8)

Man traut seinen Augen nicht: Kurz vor dem Kollaps des Dollarraumes will der Bundesrat solche Formulierungen servieren? Trinkt der Bundesrat Schnapps statt Milch?

Im Klartext heisst «Koordination» also die Steuerung der Gesundheitspolitik durch das BAG in der gesamten Bundesverwaltung und in bezug auf sämtliche Erlasse des Bundes. Zudem meint «Koordination» die Nivellierung verschiedener Meinungen auf die Doktrin des BAG: «Sie [die Zielvereinbarung von 2006] hat zudem eine Annäherung auch bei unterschiedlichen Positionen sowie die Kompromissbereitschaft der involvierten Stellen gefördert.» (GAP, S. 2).

Auf Seite 9 folgt eine ziemlich umfassende Liste der Bundesstellen – unter Einschlussmöglichkeit aller übrigen – die in die gewünschte GAP eingebunden werden sollen:

Die BAG-Krake

«Das EDA und das EDI, respektive die Abteilung Sektorielle Aussenpolitiken des EDA, die DEZA und das BAG sind die am stärksten in die GAP involvierten Bundesstellen.

Gleichzeitig gilt es, die Anliegen weiterer Bundesstellen in die GAP einzubinden. Es sind dies insbesondere die Abteilung Vereinte Nationen und internationale Organisationen (AIO) sowie die Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) des EDA, das Integrationsbüro EDA/EVD, das Bundesamt für Statistik (BFS), das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF), das Bundesamt für Migration (BFM), das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum (IGE), die Logistikkbasis der Armee (LBA), das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) und das Bundesamt für Umwelt (Bafu). Andere Bundesstellen wie das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), Schweizerisches Heilmittelinstitut (Swissmedic), die Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV), das Bundesamt für Veterinärwesen (BVet), das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und weitere werden themenspezifisch impliziert.» [Hervorhebung d. Verfassers]

Als «Gesundheits-Aussen-Politik» wird diese zentralistische Steuerung der gesamten Bundesverwaltung durch das BAG offensichtlich deshalb bezeichnet, damit die Implementierung von sogenannten «Empfehlungen» der WHO und der OECD geregelt ist – wenn auch nur durch eine verwaltungsinterne Ordnung.

Kantone als blosser Befehlsempfänger – Missachtung des Föderalismus

Aber nicht nur der Grossteil der Bundesverwaltung wird in die sogenannte GAP eingebunden, sondern auch die übrigen privaten und staatlichen Institutionen im Gesundheitswesen der Schweiz. Auch die Gesundheitsdirektorenkonferenz GDK soll in die GAP einbezogen werden, «da die Gesundheitspolitik zu einem grossen Teil auch Aufgabe der Kantone ist» [Hervorhebung d. Verfassers]. Hier ist plötzlich nicht mehr von Gesundheits-Aussenpolitik, sondern von Gesundheits-Politik die Rede.

Einmal mehr geht der Bundesrat zudem über die föderalistische Kompetenzordnung hinweg: Nachdem er gnädig erwähnt, dass die Gesundheitspolitik eigentlich Sache der Kantone ist, reduziert er die Kantone auf ein paar Regierungsräte der GDK – ob diese wohl die Interessen und Anliegen aller Kantone gebührend vertreten? Wie im Präventionsgesetz-Entwurf (Art. 11) vorgesehen, sollen die Kantone zu blossen Befehlsempfängern für die Umsetzung der Bundesgesundheitspolitik umfunktioniert werden – «Vollzugsföderalismus» nennt man das in Bundesbüchern (in Anlehnung an die EU?) neuerdings.

Die halbe Schweiz soll durch das BAG verwaltet werden

Neben den APK und SGK des Parlaments werden auch Nichtregierungsorganisationen wie Public Health Schweiz oder Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit in die von der Bundesverwaltung gesteuerte Gesundheitsausserpolitik einbezogen, ferner Berufsverbände, z.B. der Ärzte FMH und der Pflegenden SBK, Gesundheitsforschung und -lehre, sowie Gesundheitsdienstleister (wie Spitäler, Versicherer usw.) und die Privatindustrie (Pharma, MedTech, Lebensmittel usw.). Dazu kommen in der Schweiz ansässige internationale Organisationen und Public Private Partnerships, «die an der Gesundheitsausserpolitik interessiert sind» [Hervorhebung d. Verfassers], (GAP, S. 10)

Wie man hier sieht, wird die halbe Schweiz in die Gesundheitsstrategie des BAG hineingezogen. So sollen die Pharma- und Versicherungskonzerne offenbar mitentscheiden, welche Lebensweise für uns Bürger gesund ist!

Besonders bemerkenswert ist der Einbezug von Public Private Partnerships: Dabei handelt es sich um private, gewinnorientierte Unternehmungen, die zum Beispiel in Deutschland ganze staatliche Schulen und Spitäler sowie Gemeindeverwaltungen bauen, organisieren und führen – und so nebenbei die zuständigen Behörden der Gemeinden entmachten. Übrigens ein sehr lukratives Geschäft; kein Wunder, dass die PPP «an der Gesundheitsausserpolitik interessiert sind». In der Schweiz haben die PPP bisher kaum einen Fuss drin, weil die direkt-demokratischen Entscheidungsträger sich nicht derart entmachten lassen wollen. So soll es auch bleiben!

Gesundheitsfolgenabschätzung und Gesundheitsdeterminanten hinter dem Rücken des Ständerates eingeführt

Die «Gesundheitsfolgenabschätzung», die der Ständerat im Juni 2012 aus dem Präventionsgesetz-Entwurf gestrichen hat, wird durch die Hintertür der sogenannten Gesundheitsausserpolitik wieder hereingelassen (siehe Abschnitt «BAG steuert die ganze Bundesverwaltung nach Vorgaben von aussen»): Jeder Erlass des Bundes und der Kantone soll auf ihre Gesundheitsverträglichkeit überprüft werden.

Ein anderer aus Übersee importierter Begriff, den der Ständerat abgelehnt hat, ist der der «Gesundheitsdeterminanten». In der GAP werden sie trotzdem eingeführt: Unter diesem Titel ist als Ziel vermerkt: «Das Bewusstsein anderer Sektoren für Determinanten wird auf nationaler und internationaler Ebene gefördert./Ansätze und Lösungen zur Beeinflussung der Determinanten der Gesundheit werden praxistauglich gemacht./

Umsetzungen der Strategien zur Gesundheitsförderung werden gefördert./Multi- und intersektorale Zusammenarbeit und Prozesse in operationellen Programmen werden genutzt und gefördert.» (GAP, S.19)

Koordinationsstelle Gesundheitsausserpolitik statt Präventionsinstitut

Das vom Nationalrat schon im ersten Durchgang abgelehnte schweizerische Präventionsinstitut wird durch eine Koordinationsstelle Gesundheitsausserpolitik ersetzt, die die «Kohärenz der Gesundheitsausserpolitik als Teil der gesamten Schweizer Aussenpolitik anstrebt» und zu diesem Zwecke alle Bundesstellen vernetzt und mit Informationen versorgt. (GAP, S. 24).

- Mit der Zustimmung zum Präventionsgesetz soll das Parlament also auf Druck der «Präventionsexperten» nur noch abwinken, was der Bundesrat ohnehin vorhat. Das allein ist schon ein Grund für ein kräftiges Nein zu dieser Mogelpackung.

Alarmierende Ziele der schweizerischen Gesundheitsausserpolitik

Sehr interessant sind auch einige der tabellarisch aufgelisteten 20 Ziele der Schweizerischen Gesundheitsausserpolitik. Neben dem sinnvollen Einsatz für die Gesundheit in Entwicklungs- und Schwellenländern verfolgt die GAP des Bundesrates auch einige ganz anders gelagerte Ziele:

Engere Anbindung an die EU (Ziel 1)

Als angestrebte Resultate werden unter anderem angegeben:

«Ein Abkommen mit der EU in den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittel- und Produktesicherheit und öffentliche Gesundheit ist abgeschlossen.»/«Die Schweiz wirkt bei den wesentlichen EU-Institutionen und Schnellwarnsystemen im Gesundheitsbereich (ECDC, EWRS, EFSA, RASFF) sowie im Gesundheitsprogramm mit.» (GAP, S. 15)

- Offenbar sagt jetzt das BAG, welche bilateralen Verträge die Schweiz abschliessen und an welchen EU-Programmen sie teilnehmen soll!

BAG treibt Beeinflussung durch OECD voran. (Ziel 4)

«Die Schweiz setzt sich seit mehreren Jahren für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der OECD und der WHO ein. In diesem Zusammenhang hat sie insbesondere für die Dauer von zwei Jahren die Entsendung eines WHO-Experten zur OECD finanziert.» (GAP, S. 12) Von dort soll dann das Schweizer Gesundheitswesen beeinflusst werden: «Durch multilaterale (OECD, WHO usw.) und bilaterale Vergleiche werden wesentliche Erkenntnisse zur Weiterentwicklung des Schweizer Gesundheitssystems gewonnen.» (GAP, S. 16)

In Wirklichkeit haben die beiden Organisationen überhaupt nichts miteinander zu tun. Die WHO ist eine wichtige Unterorganisation der Uno, während die OECD eigentlich ein blosses Büro ist, das ungefragt Ranglisten und Statistiken erstellt und sich damit unter Umgehung des innerstaatlichen Rechts in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einmischte; z.B. mittels grauer oder schwarzer Listen bezüglich «Steueroasen» – allerdings unter Auslassung der angloamerikanischen Steueroasen. Oder über Bologna und Pisa in die nationalen Bildungssysteme.

In bezug auf das Schweizer Gesundheitssystem haben OECD und WHO auf Einladung durch Bundesrat Couchepin hin (!) in den Jahren 2006 und 2011 der Schweiz einen umfangreichen Katalog von «Empfehlungen» für die «Verbesserung» unseres anerkannt guten Gesundheitswesens inklusive Prävention geliefert.²

Fortsetzung auf Seite 9

Die freie Schweiz ist ein Vorbild für Deutschland

«Es ist für mich kaum erträglich, dass die stolze Willensnation Schweiz ihre rechtsstaatliche Souveränität einschränkt, um den finanziellen Wünschen eines anderen Staates nachzukommen»

von Reinhard K. Sprenger*

Statt überheblich auf die Alpenrepublik einzudreschen und Steuerfahnder loszuschicken, sollten die verbrüselten Deutschen begreifen, was Souveränität und Freiheit der Bürger ausmachen

Wäre ich Schweizer, ich lehnte das Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland ab. Ich lehnte es ab, weil es Deutschland schadet. Schadet nicht in dem Sinne, wie es einige besinnungslos wahlkämpfende SPD-Politiker in jedes Mikrofon tuten. Es ist schlimm, wenn Politiker den Rechtsstaat dementieren, indem sie Geschäfte mit Kriminellen machen, sich gar des Kaufs von Diebesgut rühmen.

Es ist schlimm, wenn über groteske Überkriminalisierung und Einschüchterung ein System von Selbstanzeigen errichtet wird, das dem organisierten Bandenwesen nähersteht als einem legalen und legitimen Steuersystem. Es ist schlimm, dass Deutschland eine vermeintliche Steueroase bekämpft statt die eigene Steuerwüste.

Es ist für mich kaum erträglich, dass die stolze Willensnation Schweiz ihre rechtsstaatliche Souveränität einschränkt, um den finanziellen Wünschen eines anderen Staates nachzukommen. Rechtssicherheit (die man auch zögernde Rechtsmodernisierung nennen könnte) war immer ein Grundpfeiler schweizerischer Identität – und ist im übrigen unabdingbar für jede Entwicklung wirtschaftlichen Wohlstands.

Historisch gesehen stand die Schweiz wie kein anderes Land in dem Ruf, Grund-

Eigentumsrechte der Menschen zu schützen – aller Menschen, woher sie auch immer kamen und gegen wessen Übergriffe auch immer ihr Eigentum zu verteidigen war.

Das Bankkundengeheimnis ist Ausdruck dieses fundamentalen Prinzips des helvetischen Rechtsstaates: des Schutzes der Privatsphäre, zu der auch die finanzielle gehört. Dabei war das Bankkundengeheimnis nie ein Steuervermeidungsgeheimnis – auch wenn die deutsche Politik das gerne so sähe, um die eigenen Bürger zu kriminalisieren.

Aber es ehrt ein Gut, das höher zu gewichten ist als absolute Steuertransparenz: die individuelle Freiheit. Und das ist vor allem praktisch. Denn nach allem, was wir wissen, ist die Steuerehrlichkeit am höchsten in der Schweiz und in Neuseeland. Nicht trotz, sondern gerade wegen des Bankgeheimnisses.

Es ist für mich inakzeptabel, dass die Schweiz Steuern für ein anderes Land einsammelt und dadurch dazu beiträgt, dass sich in Deutschland niemand Gedanken machen muss über die systemischen Gründe der (massenweisen und nicht nur die Schweiz nutzenden) Steuervermeidung.

Mit dem Abgeltungsmodell wird die Vorstellung gestützt, dass das Geld der Bürger irgendwie latent Staatsgeld sei und deshalb nicht ins Ausland fließen dürfe. Das ist eine Vorstellung, die der Schweiz völlig wesensfremd ist: Dort ist der Bürger der primäre Eigentümer seiner Leistungsfrüchte.

Die Schweiz ist kein Steuerparadies. Und dennoch ist sie ein Stachel im Fleisch der europäisch-fiskalischen Grosszuhälter. Das Verstopfen einer Fluchtmöglichkeit würde den steuerstaatlichen Würgegriff in Deutschland völlig enthemmen; die im EU-Jargon «Har-

monisierung» genannte Unterbindung des Systemwettbewerbs führt ja schon heute zu einer Eskalation des staatlichen Zugriffs.

Und gerade die Schweiz steht beispielhaft für einen schlanken Staat durch Steuerwettbewerb – der keineswegs so ruinös ist, wie das die deutschen Linken gerne hätten. Jedenfalls sind mir flächendeckendes Elend und darben öffentliche Kassen in der Schweiz bislang verborgen geblieben.

Die Schweiz wurde schon oft als Gegenmodell beschrieben: von *Justus Möser*, *Benjamin Constant*, *Alexis de Tocqueville* und vor allem von *Wilhelm Röpke*. Die Schweiz steht für einen genossenschaftlichen, nicht zentralen Staatsaufbau von unten nach oben, für den Widerstand gegen Gleichmacherei, für freiheitsliebende und politisch gut gebildete Bürger, die stolz den aufrechten Gang auch noch dort verteidigen, wo 80 Millionen verbrüselte Deutsche nur noch müde nicken.

In der Schweiz wird Demokratie respektiert und nicht als lästig umgangen; hier muss kein Verfassungsgericht die Regierung daran erinnern, dass es da noch einen Souverän gibt. Die Schweiz ist ein Vorbild für klugen sozialen Ausgleich, sie hat einen liberalen Arbeitsmarkt mit hoher Integrationsleistung, kommunale Steuerautonomie und vor allem direktdemokratische Einflussmöglichkeiten, die auf breites internationales Interesse stossen.

Vor allem von der Haushaltsdisziplin der Schweizer sollten sich alle EU-Länder eine grosse Scheibe abschneiden: in guten Zeiten finanzielle Reserven aufbauen, Steuern massvoll halten und in die Infrastruktur investieren. So macht man das.

Ich kenne kein Land, in dem das Bewusstsein «Der Staat – das sind wir alle» so

verbreitet ist wie in der Schweiz. Und ich kenne keinen anderen Staat, in dem nicht gleichzeitig die liberale Skepsis gegenüber einem zudringlichen Zentralstaat so ausgeprägt ist. Aber ich kenne nur wenige deutsche Politiker, die bereit und intellektuell in der Lage sind, diese wechselseitige Bedingtheit zu verstehen.

Und gleichzeitig ist die Schweiz das europäischste aller Länder – wenn man Europa nicht als vereinheitlichendes Bürokratiemonster begreift, sondern als Vielfalt, Offenheit und Wettbewerb. Hier wird nicht – wie in der EU – zusammengequetscht, was nicht zusammengehört.

Hier pflegt man ein gut nachbarschaftliches Verhältnis, aber man lässt sich in Ruhe, ist zwar freundlich, aber nicht unbedingt freundschaftlich, lässt jeden seine Angelegenheiten selbst regeln. Nach *Dürrenmatts* Motto: Sei menschlich, nimm Abstand.

Wer sich über die Alternativlos!-Parolen jener empört, deren Demokratiefeindlichkeit nur noch von ihrem Zynismus übertroffen wird, hier ist sie: die Alternative. Wenn nicht zum Kopieren, dann zum Orientieren. Ein Glück für Deutschland und ein Geschenk an eine liberale Welt, die Hoffnung braucht und Beispiel sucht.

Das invasive Vorgehen der Deutschen hilft hoffentlich den Schweizern, sich auf die Stärken zu besinnen, die das Land so unvergleichlich frei, demokratisch und wohlhabend gemacht haben. Aber ich bin kein Schweizer, ich bin Deutscher. Deshalb wünsche ich mir eine starke, selbstbewusste Schweiz. Für Deutschland.

Mit freundlicher Genehmigung des Autors (veröffentlicht in *Die Welt* am 30.8.12).

«Gesundheits-«Aussen»-politik ...»

Fortsetzung von Seite 8

- *Weder das Parlament noch das Volk werden gefragt, ob wir diese fremden Einflüsse und Einmischungen wollen.*

Ausbildung des Schweizer Gesundheitspersonals nach Vorgaben aus dem Ausland (Ziel 14)

«Der globale Verhaltenskodex der WHO für die internationale Anwerbung von Gesundheitskräften ist umgesetzt. / Die Schweiz erstellt ab Mai 2012 alle drei Jahre einen Bericht über die Umsetzung des WHO-Verhaltenskodex./Der Schweizer Markt berücksichtigt die Richtlinien des WHO-Verhaltenskodex bei der Ausbildung und Anstellung von Gesundheitspersonal.» (GAP, S. 20)

Auch dies ist ein massiver Eingriff in die Kompetenzen der Kantone: Plötzlich müssen die Kantonsspitäler und die Berufsfachschulen die Deckung ihres Personalbedarfs und die Ausbildung ihrer Gesundheitsfachkräfte nach einem WHO-Verhaltenskodex richten, ohne gefragt zu werden. Im übrigen geben WHO und OECD selber zu, dass die Schweiz über eines der besten Gesundheitswesen verfügt.

Das Präventionsgesetz wird bereits ins Programm aufgenommen, obwohl das Parlament oder das Volk auch noch nein sagen können. (Ziel 16)

«Die Schweiz setzt die bereits bestehenden nationalen Präventionsprogramme und – sobald in Kraft – das Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung (Präventionsgesetz) konsequent um.» (GAP, S. 21f.) [Hervorhebung *Zeit-Fragen*]

- *Sorgen wir also dafür, dass das PräVG nicht in Kraft tritt!*

Das BAG will mit seinem Rauschgift-Verteilungsprogramm die ganze Welt beglücken. (Ziel 17)

Nicht genug damit, dass *Thomas Zeltner* der Schweiz seine unsägliche Drogenpolitik aufgedrängt hat: Heute setzt sich die «Schweizerische Gesundheits«Aussen»politik» zum Ziel, die Verteilung von Rauschgiften an Drogensüchtige möglichst weit zu verbreiten:

Angestrebtes Ziel in der Drogenpolitik: «Die vier Säulen der Drogenpolitik (Prävention, Therapie und Wiedereingliederung, Schadenminderung, Kontrolle und Repression) international etablieren./In der internationalen Drogenpolitik ist der Schweizer Ansatz gemäss dem Vier-Säulen-Prinzip (Prävention, Therapie und Wiedereingliederung, Schadenminderung sowie Kontrolle und Repression) breiter anerkannt.»

- *Schliesslich brüsten sich die eifrigen Schüler von *Thomas Zeltner* im heutigen BAG damit, dass dieser die Schweiz seit 20 Jahren zu einer Drogenpolitik gedrängt hat, in der nicht wie in fast allen anderen Ländern die Hilfe zum Ausstieg an erste Stelle stellt, sondern die Sucht mit der Abgabe von Heroin und anderen Rauschgiften «behandelt» wird.*

Fazit

Ohne dass das Präventionsgesetz vom Parlament und Volk angenommen worden ist, versucht der Bundesrat an der Legislative vorbei eine sogenannte Gesundheitsaussenpolitik zu etablieren, die nichts mit Stärkung des Gesundheitswesens in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu tun hat, sondern tiefgreifende Einflüsse aus dem Ausland in die Schweiz holen will. *Thomas Zeltner* ist nicht umsonst in Amerika «zu Hause» und hat von dort aus ein weltweites Imperium für «Gesundheitspolitik» entwickelt. Mit diesem Papier will unser Vichy-Bundesrat eine Basis legen, um alle Ziele des Präventionsgesetzes – auch diejenigen, die vom Parlament bereits abgelehnt worden sind! – an der Legislative vorbeizuschmuggeln, ohne dass diese es merken soll.

Die Herbstsession steht vor der Tür: Der Nationalrat und der Ständerat haben es in der Hand: Es ist immer noch Zeit, nein zu sagen zum Präventionsgesetz.

¹ www.bag.admin.ch/themen/internationales/13102/index.html?lang=de

² OECD-Bericht zum Gesundheitswesen Schweiz: Wichtigste Punkte.» (2006) (www.oecd.org/dataoecd/5/0/37574895.pdf). «Das schweizerische Gesundheitswesen: Analyse und Empfehlungen der OECD und der WHO», Delphine Sordat Fornerod, Bundesamt für Gesundheit; Soziale Sicherheit CHSS 1/2007

Deutschland muss wieder Rechtsstaat werden

von Karl Müller

Am 10. September hat im Nachbarland Baden-Württemberg das neue Schuljahr angefangen. Rund 40 sogenannte Gemeinschaftsschulen werden erstmals ihren Schulbetrieb aufnehmen. Die pädagogischen Argumente gegen diese neue Schulart sind mittlerweile gut dokumentiert (www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de). Aus staatspolitischer und rechtsstaatlicher Sicht muss hinzugefügt werden, dass die Konzeption dieser Schulart, obwohl Teil einer im Landtag von Baden-Württemberg mit grün-roter Mehrheit beschlossenen Änderung des bisherigen Schulgesetzes, auch rechtsstaatlich sehr fragwürdig ist. Denn nach wie vor gilt die Verfassung des Landes Baden-Württemberg mit ihren klaren Erziehungs- und Bildungszielen. Nach wie vor gelten die einleitenden Paragraphen des Schulgesetzes von Baden-Württemberg, die an der Landesverfassung orientierte Erziehungs- und Bildungsziele für die Lehrer an den staatlichen Schulen festlegen. Die Konzeption der sogenannten Gemeinschaftsschulen steht diesen Zielen aber diametral entgegen.

Solche Entwicklungen sind besonders dann zu beklagen, wenn die deutsche Gesetzgebung nicht mehr das gewachsene deutsche Recht von der Sache her weiterentwickelt, sondern Mehrheiten in Parlamenten anderen Herren folgen und nicht mehr ihren Wählern. Insofern verletzt die derzeitige deutsche Praxis der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie auch deren Ideale und Verfassungsgrundlagen, und Deutschland gerät so immer mehr in eine hoch gefährliche Art von «Ausnahmestandard».

Dies gilt auch für die Gesetzgebung im Schulbereich. Konkret ist damit gemeint, dass von keiner Verfassung und von keinem Gesetz legitimierte Institutionen wie EU und OECD – und über letztgenannte vor allem Einflusskräfte aus den USA – in die deutsche Gesetzgebung eingegriffen haben und einzugreifen versuchen. Exemplarisch illustriert dies ein Interview der «Frankfurter Rundschau» (13.7.2012) mit dem von der OECD beschäftigten «Pisa-Chef» *Andreas Schleicher*. In

diesem Interview findet man eine Art Blaupause für das, was nun in Baden-Württemberg mit sogenannten Gemeinschaftsschulen umgesetzt werden soll. Dabei wird über nationale Rechtstraditionen und Rechtszusammenhänge hinweggegangen. Der Bruch nationalen Rechts ist im Rahmen des Programms der Zerstörung von Nationalstaaten sogar Absicht.

Wie abgehoben und destruktiv solche internationalistischen Pläne sind, zeigt zum Beispiel die Forderung von Schleicher nach einer Akademisierung der Berufsausbildung. Haben doch erst kürzlich wieder vor Ort wirkende Fachleute dagegen protestiert, dass der Anteil von Akademikern in Deutschland immer weiter erhöht werden soll, wo doch gleichzeitig immer mehr Facharbeiter fehlen («Mitteldeutsche Zeitung» vom 29.8.2012: «Steigende Studentenzahlen stellen aus Sicht von Arbeitsmarktexperten eine Bedrohung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dar», «Berliner Zeitung» vom 30.8.2012: «Viele Studenten, wenig Lehrlinge – Akademiker werden zum Problem»).

Der Rechtsbruch im Schulbereich ist nur ein Bereich einer immer mehr Politikbereiche erfassenden mangelnden Rechtsstaatlichkeit in Deutschland. Das reicht von der andauernden deutschen Beteiligung an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen, über die Vorbereitung von verfassungswidrigen Bundeswehreinheiten im Inneren des Landes gegen die eigenen Bürger (Gefechtsübungszentrum, GÜZ, Altmark) und der Missachtung der Souveränität benachbarter Staaten (Attacken auf die Schweiz, Anstiftung zu Diebstahl und Hehlerei mit gestohlenen Bankkundendaten) bis hin zum Bruch internationaler Verträge, selbst innerhalb der EU-Vertragsordnung, und dem damit einhergehenden Angriff auf das nationale Budgetrecht und auf das Eigentumsrecht der Bürger.

Auch der aktuelle Beschluss des Rates der Europäischen Zentralbank (EZB), ab sofort in unbegrenzter Höhe und zeitlich unbegrenzt

Fortsetzung auf Seite 10

Das Vorbild für den deutschen Übungsplatz in der Altmark

Amerikanische Polizei ist jetzt «von israelischer DHS trainiert»

von Gordon Duff

Die Tür für diesen Einfluss auf Amerika aus dem Ausland wurde vom *Department for Homeland Security (DHS)* und namentlich von *Michael Chertoff* aufgestossen, einem israelischen Bürger, der besonders als ehemaliger Direktor des DHS äusserst massgeblich war für die Umsetzung politischer Massnahmen, die als verfassungswidrig in Frage gestellt worden waren; die neue «von Israel trainierte» Polizei ist nun damit beauftragt, den Widerstand gegen diese politischen Massnahmen zu stoppen. Auf Anweisung des *Department of Homeland Security* wird jede Polizeiabteilung allmählich von israelischen Gruppen trainiert.

Als Teil dieser Ausbildung kommen zunehmend *militärische Uniformen, gepanzerte Fahrzeuge, schwere Waffen, illegale Überwachung, Lügen gegenüber der Bevölkerung, der Presse und den Gerichten und systematische Beeinflussung des Wahlsystems zum Einsatz.*

Sie werden «israelisch»

Die «Israelisierung» der amerikanischen Polizei ist ein einfacher Prozess:

- totale Militarisierung der Polizei, militärische Taktiken, völlige Missachtung des zivilen Rechtes, der Verfassung, bürgerlicher Freiheiten, der Redefreiheit und ungehemmtes Wachstum zentralistischer Macht unter grenzenloser Korruption; Regierung durch Geld und Organisierte Kriminalität
- systematische Unterdrückung von Widerspruch
- systematischer Einsatz von Einschüchterung, um das Wahlverfahren auf allen Ebenen der Regierung zu kontrollieren
- nahtlose Koordination mit dem Militär und «internationalistischen» Gruppen, um sie auf die Masseninternierung von Bevölkerungsteilen vorzubereiten, deren Zahlen in die Millionen gehen
- koordinierter Einsatz der gesamten militärischen Gewalt, dazu gehören – unter anderem – Bombardierung, Beschuss bei Tieffliegerangriffen, schwere Artillerie und standrechtliche Hinrichtungen, dieselben Methoden, welche die Israeli täglich verwenden

* *Gordon Duff* ist Vietnamveteran der Marine, Gefechtsgranadier und Leitender Redaktor bei *Veterans Today*. Im Laufe seiner Karriere machte er umfangreiche Erfahrungen im internationalen Bankwesen, in so unterschiedlichen Bereichen wie Beratung in Aufstandsbekämpfung, Überwachungstechnologien, Geheimdienstanalysen, Verteidigungstechnologien oder Tätigkeit als Uno-Diplomat und «Sonderberater». Duff arbeitet derzeit als Vorstandsmitglied der *Adamus Group*, einer der weltgrössten Firmen, die sich mit Energietechnologie befassen, und bei einem privaten Finanzinstitut, das zur *Federal Reserve Bankengruppe* gehört. *Gordon Duff* hat über 80 Länder bereist. Seine Artikel werden in der ganzen Welt veröffentlicht und in eine Reihe von Sprachen übersetzt. Duff, Militäranalytiker für [das iranische] *Press TV*, ist regelmässiger, beliebter und manchmal umstrittener Gast in Fernsehen und Radio. (www.veteranstoday.com/author/gordonduff/)

«Deutschland muss wieder ...»

Fortsetzung von Seite 9

Staatsanleihen verschuldeter Euro-Staaten kaufen zu wollen – wofür das Land, dessen Vertreter als einziger dagegen gestimmt hat, relativ am meisten haften soll, nämlich mit 27 Prozent – gehört in diese Reihe.

Dass deutsche Parlamentsabgeordnete, der Präsident der *Deutschen Bundesbank*, namhafte Finanzfachleute und Staatsrechtslehrer auf die Illegalität des EZB-Beschlusses hingewiesen haben und nun unisono die Rückkehr zum Recht einfordern, ist allerdings ein Licht am Ende des Tunnels.

Der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht *Paul Kirchhof* schreibt in seinem neu erschienenen Buch «Deutschland im Schuldensog. Der Weg vom Bürger zum Bürger» (2012, ISBN 978-3-406-64043-8): «Die Krise ist entstanden, weil wir das Recht missachtet haben. [...] Hätten wir das Recht beachtet, gäbe es die Schuldenkrise nicht. Deswegen ist es hohe Zeit, die Autorität des Rechts wieder herzustellen.»

– noch mehr Kontrolle der Presse, die auf dem israelischen Modell basiert, unter zwei «kontrollierten» Betrachtungsweisen, einer regierungsfreundlichen und einer zweiten der «kontrollierten Opposition».

Infiltration

Es ist unbedingt notwendig, zwischen israelischen Firmen und denjenigen zu unterscheiden, die in Verbindung mit dem quasi-staatlich organisierten Verbrechen in Amerika arbeiten. Es ist ebenso notwendig, dass die Bürgerschaft, vor allem Amerikaner mit jüdischem Hintergrund, erkennt, dass eine systematische Kampagne kontrollierter und bearbeiteter Geschichte und noch gravierender, instrumentalisierte «Ereignisse» mit Gruppierungen koordiniert werden, die sich selbst fälschlicherweise als Verteidiger des jüdischen Volkes hinstellen.

Diese Gruppen, von denen mehrere in den Sinn kommen, sind faktisch israelische «Psyops»-Gruppen, die in Wirklichkeit aktiv mit Terroristen zusammenarbeiten. Was sagen wir?

90 Prozent des weltweiten Terrorismus, dazu gehören auch viele Vorfälle mit Massenmord, weisen alle ein Muster auf, das auf die Beteiligung von Geheimdienstorganisationen hinweist. Fast alle «Terrorrohungen» und «inszenierten Ankündigungen» führen auf Gruppierungen zurück, die direkt mit den gleichen Leuten in Verbindung stehen, die an unserer Tür mit dem Heilmittel für eine Krankheit aufkreuzen, welche sie selbst hervorgerufen haben.

«Als ich in Abuja, Nigeria, war, traf ich mich drei Wochen vor dem Attentat auf einer nationalen Polizeistation mit dem Chef der Sicherheit, *Gordon Obua*, einem engen Freund, und berichtete ihm folgendes:

Wir haben das Hauptquartier der nationalen Polizei als mögliches Angriffsziel identifiziert. Es hat ein Tor und einen Parkplatz, die nicht bewacht sind, und liegt nahe beim Präsidentenpalast. Wir prognostizieren, dass hier eine Autobombe zur Explosion gebracht wird, der ein weiteres Sprengstoffattentat folgen wird. Bei diesen Anschlägen werdet ihr von einer Sicherheitsfirma kontaktiert werden, die euch mit massiver Bestechung nicht nur Schutz anbieten wird.»

Das Treffen fand in der Präsidentensuite des *Transcon Hilton* in Abuja statt, mein juristisches Team war dabei Zeuge. Die so beschriebenen Anschläge ereigneten sich genau drei Wochen später, und die Firma, die mit einem Koffer voll Bargeld und dem Versprechen, aus Abuja, einer schönen Stadt, die «Festung Abuja» zu machen, gehört zu jenen, die heute die amerikanische Polizei trainieren.

Die gleiche Gruppe steht auch unter Verdacht beim Bombenanschlag vom 1. Januar 2011 auf eine christliche Kirche in Alexandria, Ägypten – ein weiterer Autobombenanschlag. Genauso zeigen die vor kurzem erfolgten Bombenanschläge in Kamerun, Kenia und Tansania die gleichen «Fingerabdrücke».

Die gleiche Gruppe «betrieb» den «Unterhosenbomber» von Detroit.

Auch die israelischen Betreuer, die mit *Abdullah Mohamed* im Jemen arbeiteten und ihn mit einer Bombe in ein Flugzeug in die USA begleiteten – ohne Ticket, ohne Pass und ohne Visum, wie zwei Rechtsanwältinnen aus dem Gebiet von Detroit, *Kurt* und *Lori Haskell*, miterlebten – trainieren die amerikanische Polizei.

Wir erleben das immer wieder: Polizei, Regierung und Terroristen sind alles daselbe.

Natürlich wissen wenige Amerikaner, dass der «Sprecher» der «al-Kaida» genannten Gruppe in der Tat Amerikaner mit Namen *Adam Perlman* ist, dessen Grossvater an der Gründung der *Anti-Defamation League (ADL)* beteiligt war.¹

Für manche ist Terrorismus ein Geschäft, und wie das Reifengeschäft, das auf den Strassen der Umgebung Nägel hinterlässt, haben manche «Terrorabwehr»-Firmen mehr Erfahrung im Bauen von Autobomben als im Auffinden derselben.

Warum Amerika?

Israelische Sicherheitsfirmen, die hauptsächlich von aktiven Mossadmitgliedern und ehemaligen israelischen Armeemitgliedern gebildet wurden, begannen überall in Afrika zu arbeiten. Israelisches Know-how beim Abhören im Auftrag regierender Parteien wirkte als Türöffner. Deren Sachkenntnis, wie es sich bei den Skandalen um *Murdoch/News of the World* in Grossbritannien zeigt, ist ausgezeichnet.

Sie waren sogar in der Lage, die drei Premierminister, Mitglieder der königlichen Familie, die Leiter der Polizei und der Nationalen Sicherheitsagenturen, wichtige Mitglieder parlamentarischer Gremien und eine Handvoll Berühmtheiten abzufragen. Die Ausrüstung für so etwas kostet Millionen, kann nur als Diplomatengepäck ins Land gebracht werden, und der Einsatz gilt als Spionage, da damit breites, unreguliertes und nicht erlaubtes Abhören geschürt wird, das absolut unbe-rechenbar ist.

Hunderte solcher Einheiten in amerikanischen Polizeidepartementen existieren, um auf Anweisung des *Departments of Homeland Security* die Spur von Gruppierungen zu verfolgen, von denen sie das Gefühl haben, sie bräuchten Überwachung, obwohl kürzliche Gerichtsentscheide den *Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA)* als verfassungswidrig aufgehoben haben.

Unter den überwachten Gruppen sind Veteranen-Organisationen, die *Tea-Party*-Bewegung, christliche, muslimische und jüdische religiöse Gruppen, Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Regierungsmitglieder, Polizeibeamte und Mitglieder der Justizvollzugsbehörden und Anti-Drogen-Organisationen.

Frühere amerikanische Militärangehörige, sogar die verkrüppelten und verstümmelten, stehen heute an der Spitze jeder «Terrorüberwachungsliste».

Korruption

In Wahrheit hat Amerika seit langem den Ruf korrupter Polizeiorganisationen. Alle paar Jahre gibt es in jeder grösseren Stadt eine Untersuchung, auf Grund welcher der Polizeikommissar und viele höhere Beamte ins Gefängnis kommen.

Einmal hatte *Bernie Kerik*, Kandidat für den Chefposten des *US-Department of Homeland Security* und ehemals Polizeikommissar der Stadt New York, tatsächlich als Innenminister des Irak unter der US-Interimsregierung gedient, welche das Land nach der Invasion von 2003 führte.

Kerik ist im Gefängnis, ursprünglich war er wegen 16 Verbrechen angeklagt, einige davon begangen während seiner Funktion im Irak, und sah einer Strafe von 142 Jahren und Millionen an Bussen entgegen. Nach einem Deal im Strafverfahren verbüsst er nur vier Jahre. Bevor Kerik Polizeikommissar von New York [2000–2001] und [2003] Innenminister des Irak wurde und er [2004] beinahe die Tätigkeit der grössten Behörde der Vereinigten Staaten übernahm, war er der Fahrer des New Yorker Bürgermeisters *Rudy Giuliani*.

Jede grössere amerikanische Stadt und die meisten kleineren Departments, von denen es Tausende gibt, werden dahingehend «umgeschult», nicht die Korruption zu bekämpfen, sondern für den Bürgerkrieg bewaffnet zu sein, dazu geschult, direkt mit Militärpersonal zusammenzuarbeiten, um Amerika zu überwachen; dies in Übereinstimmung mit nicht veröffentlichten politischen Strategien, die von Armeechef General *Odierno* irrtümlicherweise angekündigt wurden, publiziert in seinem Artikel für das *Council on Foreign Relations* in der Mai/Juni-Ausgabe von *Foreign Affairs*: «Wo angebracht, werden wir auch Streitkräfte im aktiven Dienst, im speziellen solche mit Nischen-Fähigkeiten und -Ausrüstung zuweisen, um Zivilbeamte mit einem robusten Satz an zuverlässigen und schnellen Reaktionsmöglichkeiten auszustatten.»

Was das *Department of Homeland Security* betrifft, das die israelische Übernahme von Amerikas Polizei anführt, stellte *David Rittgers* vom *Cato-Institut* fest:

«Eine lange Liste von Berichten der *Fusion Centers*² und des DHS kennzeichnen breite Kreise der Öffentlichkeit als Bedrohung für die Nationale Sicherheit. Das *Fusion Center* von Nord Texas bezeichnete muslimische Lobbyisten als potentielle Bedrohung; ein DHS-Analyst in Wisconsin meinte, sowohl die Pro-als auch die Anti-Abtreibungsaktivisten seien beunruhigend; ein Auftragnehmer der *Homeland Security* von Pennsylvania beobachtete Umweltaktivisten, Gruppen der *Tea Party* und eine Versammlung zum zweiten Zusatzartikel [der US-Verfassung betreffend Waffenbesitz]; die Polizei des Staates Maryland nahm Aktivisten gegen die Todesstrafe und Antikriegsaktivisten in eine Bundesdatenbank über Terrorismus auf; ein *Fusion Center* in Missouri fand, dass alle Wähler für eine Drittpartei und Unterstützer von *Ron Paul* eine Bedrohung darstellten [...].»

Wikipedia zitiert folgendes zu Qualität von Management und Personal des DHS – an sich schon ein nationaler Skandal: «Im Juli 2006 führte das Büro für Personalführung eine Umfrage bei den Bundesangestellten in allen 36 nationalen Behörden über Arbeitszufriedenheit und darüber durch, wie sie die Führung ihrer jeweiligen Behörde empfinden. Das DHS stand in allen oder beinahe allen Kategorien auf dem letzten Platz, unter anderem:

- auf Rang 33 des Index zur Mitarbeiterentwicklung,
- auf Rang 35 des Index zu Führung und Wissensmanagement,
- auf Rang 36 des Index zur Arbeitszufriedenheit,
- auf Rang 36 auf dem Index zur ergebnisorientierten Leistungskultur.

Die niedrigen Bewertungen bezogen sich auf wesentliche Bedenken bezüglich grundlegender Aufsicht, Management und Führung innerhalb der Behörde. Beispiele aus der Umfrage zeigen, dass sich die meisten Bedenken darauf beziehen, ob Beförderung und Lohn-erhöhung auf Verdiensten beruhen, behandeln den Umgang mit schlechter Leistung, das Belohnen von Kreativität und Innovation, die Frage, ob die Führung hohe Motivation bei den Arbeitskräften schaffe, Anerkennung für gute Arbeit gebe, mangelnde Zufriedenheit mit verschiedenen Teilen der Strategie und Verfahren und Mangel an Information darüber, was mit der Organisation geht.»

Schaffung des perfekten Polizeistaates

Das sichtbare Gesicht der totalitären Übernahme von Amerika ist der Kandidat *Mitt Romney* – darauf eingeschworen, einen Weltkrieg für Israel zu beginnen – und seine Unterstützer *Sheldon Adelson*, der Glücksspielboss von Las Vegas und China; die *Koch-Brüder*³ und die Israel-Lobby, von der man sagt, dass sie den amerikanischen Kongress kontrolliere, sicher zu 100 Prozent die Republikanische Partei.

Benzinpreismanipulation durch Terrorismus

Der Benzinpreis in der Welt wird von den Koch-Brüdern geführt, welche die Terminmärkte managen. Treibstoffpreise stehen in keinem Zusammenhang mit den Kosten für Öl, sondern werden vielmehr manipuliert, um politischen Interessen zweier israelisch-amerikanischer Milliardäre mit extremen Ansichten zu dienen.

In den vergangenen zwei Wochen ereigneten sich mehrfache «Unfälle» in Raffinerien und mit Pipelines. In Wirklichkeit waren das Terroranschläge, mit denen die Produktionsleistung der Raffinerien in den USA erheblich reduziert wurde und alle Ölpipelines aus dem Nahen Osten und innerhalb der USA blockiert wurden.

Über keinen von ihnen – und es handelte sich um Terrorismus – wurde berichtet. Dafür gibt es nur einen Grund, und der hängt damit zusammen, wer in einem Wahljahr von wirt-

Fortsetzung auf Seite 11

Afghanistan: unsinkbarer US-Flugzeugträger

von *Matin Baraki**

Die Anschläge des 11. September 2001 wurden zum Anlass des Krieges gegen Afghanistan, obwohl dieser lange vorher geplant war. Wie die «Washington Post» am 19. Dezember 2000 berichtete, hatte die Clinton-Administration schon neun Monate vorher einen Krieg am Hindukusch in Erwägung gezogen. Hierüber gab es Konsultationen mit den Regierungen Russlands und Usbekistans. Da die usbekische Regierung sich weigerte, ihr Territorium für eine US-Aggression gegen Afghanistan zur Verfügung zu stellen, musste der Krieg zunächst verschoben werden. Auch der ehemalige Aussenminister Pakistans *Naiz Naik* bestätigte, dass der Krieg gegen Afghanistan vor dem 11. September beschlossen worden war, denn im Juli 2001 war seine Regierung seitens der USA darüber informiert worden. Ende September 2006 brüstete sich auch der ehemalige US-Präsident Bill Clinton damit, einen Krieg gegen Afghanistan geplant zu haben. Sowohl dieser Krieg als auch der gegen den Irak waren Bestandteil der «Greater Middle East Initiative» der Neokonservativen.

Nach der Vertreibung der Taliban 2001 bestand eine reale Chance, die Staatlich-

* *Matin Baraki* lehrt Internationale Politik an der Universität Marburg.

«Das Vorbild für den deutschen ...»

Fortsetzung von Seite 10

schaftlichen Problemen profitiert, und das ist Mitt Romney und die *Likud*-Fraktion in Israel, die einen Krieg mit Iran befürwortet, der nicht von Israel, sondern natürlich von den Vereinigten Staaten geführt wird.

Muster

Sowohl bei den Massenschiesereien – sei es der Amoklauf vor Jahren an der *Columbine High School*, der Anschlag auf *Gabby Giffords* in Tucson oder so viele andere – als auch bei den Anthrax-Anschlägen, die nun mit unserer eigenen Regierung in Verbindung gebracht werden, bis hin zum Heckenschützen in Washington DC haben die Polizei- und Bundesbehörden falsche Pressemitteilungen herausgegeben, sie erschienen manchmal erst lange nach normalen Reaktionszeiten am Ort des Verbrechens oder könnten gut beteiligt gewesen sein.

Terrorismus ist Gesetzesvollzug

Wie eine sorgfältige Analyse zeigt, sind die Gruppen, die unsere Polizei trainieren, wenn nicht identisch, so doch eng verbunden mit Gruppen, die im Verdacht stehen, selbst Terroristen zu sein, die Terroristen in Afrika und im Nahen Osten Unterstützung zukommen lassen.

Sollte auf unsern neuen Polizeiautos stehen: «Schützen und Dienen trainiert von Terroristen der Grosse Bruder wacht»?

Quelle: *PressTV* vom 2.8.2012

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Anmerkungen der Redaktion:

¹ Die *Anti-Defamation League* (Antidiffamierungsliga), eine amerikanische Organisation mit Hauptsitz in New York City, wurde 1913 gegründet, «um Antisemitismus und alle Formen der Bigotterie in den USA und im Ausland zu bekämpfen». Sie ist ein Mitglied des *American Israel Public Affairs Committee* (AIPAC). (vgl. www.adl.org, Wikipedia)

² *Fusion Center*: zwischen 2003 und 2007 gegründete Einrichtungen des *Department of Homeland Security* und des Justizdepartements zum Austausch von Geheimdienstinformationen zwischen Bundesbehörden, lokalen Behörden und nicht-staatlichen Organisationen. Das Justizdepartement definiert: «Ein Fusion Center ist ein wirksamer und effizienter Mechanismus zum Austausch von Informationen und Geheimdienstinformation, für die Maximierung von Ressourcen, Optimierung von Operationen und zur Verbesserung der Fähigkeit, Verbrechen und Kriminalität zu bekämpfen, indem Daten aus einer Vielzahl von Quellen zusammengeführt werden. Ausserdem sind Fusion Centers der Kanal für die Umsetzung von Teilen der *National Criminal Intelligence Sharing Plan* (NCISP).»

³ Zwei Industrielle, gelten als Öl-Milliardäre. Koch Industries ist ein US-amerikanisches Unternehmen mit Firmensitz in Wichita, Kansas. Das Mischunternehmen ist in 50 Ländern unter anderem in den Produktionsbereichen Erdöl, Chemie, Energie, Asphalt, Erdgas, Kunstdünger, Nahrungsmittel und Kunststoff tätig. *Koch Industries* ist die zweitgrösste nicht börsenkotierte Gesellschaft in den Vereinigten Staaten (Forbes-Daten von 2009).

keit Afghanistans wiederherzustellen. Noch während des Krieges gegen Afghanistan fand unter Uno-Ägide Ende 2001 eine internationale Konferenz auf dem Petersberg statt, auf der die Grundlage für den künftigen Status des Landes gelegt wurde. Auf Druck der über 20 anwesenden US-Vertreter wurde unter Beteiligung dreier islamistischer und einer monarchistischen Gruppe eine Regierung für Kabul gebildet. *Hamid Karsai*, der seit Beginn des afghanischen Bürgerkrieges enge Verbindungen zur CIA unterhielt, wurde zum Übergangministerpräsidenten ernannt. Da diese Regierung weder Legitimation noch Rückhalt in Afghanistan hatte, wurde sie von einer Schutztruppe der Nato-Staaten nach Kabul begleitet und vor Ort weiter gesichert. Damit hat die Nato eine militärische «Lösung» des Konfliktes favorisiert. Afghanistan ist seitdem zu einem regelrechten Übungsplatz von USA und Nato geworden, wo die neuesten Waffen und die Einsatzfähigkeit der Soldaten, die weitere Entwicklung sowie die Einsatzfähigkeit der US-Drohnen, der Nachfolgertyp der französischen *Mirage* und die gepanzerten Bundeswehrfahrzeuge in der afghanischen Kriegsrealität getestet werden.

Auf Grundlage des Petersberger Fahrplans war Karsai dann 2002 auf einer Ratsversammlung zum Präsidenten gewählt worden, wobei 24 Stimmen mehr abgegeben wurden als Abgeordnete anwesend gewesen waren. Im Vorfeld dieser Wahl hatten die USA für 10 Millionen Dollar Stimmen für ihn gekauft. Die «New York Times» nannte die Art und Weise, wie die Wahl zustande gekommen war, «eine plumpe amerikanische Aktion». Bei dieser «Aktion» waren Uno und EU sowie die USA als Hauptakteur mit ihrem Botschafter *Zalmay Khalilzad* präsent. Alle Beschlüsse wurden entweder im Büro Karsais oder in der US-Botschaft gefasst. Sowohl Uno- wie EU-Vertreter nickten die getroffenen Entscheidungen nur noch ab. Damit büsst sie ihre Neutralität und Glaubwürdigkeit ein. Es war dann nur logisch, dass die Nato auf ihrem Gipfeltreffen in Istanbul am 28. Juni 2004 die Unterordnung der Schutztruppe «International Security Assistance Force» (Isaf) unter Nato-Kommando beschloss. Das Land wurde nach einem Operationsplan des Nato-Hauptquartiers unter den Besatzern in vier Sektoren aufgeteilt. Dadurch wurden die Aufsichtsfunktion der Uno, die Souveränität und Eigenstaatlichkeit Afghanistans aufgehoben. Diese Demütigung der Afghanen war der Nährboden, auf dem der Widerstand gedieh. Da die USA für sehr lange Zeit im Lande bleiben wollen, haben sie die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen.

Wirtschaft Afghanistans willentlich zerstört

Noch vor den Parlamentswahlen 2005 hatte Karsai eine sogenannte «Nationale Konferenz» einberufen, auf der 100 Personen aus seiner Entourage zusammen kamen, die ihn bevollmächtigten, mit den USA einen Vertrag zu schliessen, auf dessen Grundlage die US-Armee auf unabsehbare Zeit in Afghanistan bleiben kann. Die 2011 und 2012 unterschriebenen Verträge Karsais mit der Nato und die bilateralen Verträge mit den USA, Deutschland und Grossbritannien erlauben diesen Ländern, unter dem Deckmantel als Berater und Ausbilder auch nach dem Abzug der Nato-Kampftruppen über 2014 hinaus in Afghanistan zu bleiben. Damit wird das Land am Hindukusch zu einer Militärkolonie und bleibt weiterhin ein unsinkbarer Flugzeugträger der USA und der Nato. Da das Kabuler Kabinett bis zu 50% aus American Afghans besteht, den Rest stellen Euro-Afghanen und einige willfähige Warlords, hatte die Nato keine Mühe, beliebige Verträge dem Kabuler Marionettenregime abzuverlangen. Hier spielen auch die in allen Ämtern präsenten US-Berater eine wichtige Rolle. «Verträge binden den Schwachen an den Starken, niemals aber den Starken an den Schwachen», stellte schon vor fast 300 Jahren *Jean-Jacques Rousseau* fest.

Ab 2002 leitete die Karsai-Administration eine Politik der offenen Tür ein. Dadurch wurde die Wirtschaft Afghanistans zerstört. Wie der damalige Kabuler Wirtschaftsmini-

ster *Amin Farhang* hervorhob, waren 99% aller Waren Importe. Der einheimischen Wirtschaft wurde jegliche Entwicklungschance genommen, sie exportiert fast nichts. Zum Beispiel hat Deutschland 2010 Waren im Werte von 269 Millionen Euro nach Afghanistan geliefert. Während es umgekehrt nur 24 Millionen Euro waren, hauptsächlich Teppiche. Die Heroinbarone nutzen den «Wirtschaftsboom» zur Geldwäsche. Sie investieren nur im Luxussegment, wie Hotels, Häusern und Lebensmitteln für den Bedarf zahlungskräftiger Ausländer, statt sich im Wiederaufbau des Landes zu engagieren, was zur Verbesserung der Lage für breite Schichten der Bevölkerung führen könnte. Sie und die korrupte Elite bringen ihre Dollars lieber ins Ausland. Der ehemalige 1. Vizepräsident, *Ahmad Zia Masud*, wurde am Dubaier Flughafen mit 50 Millionen Dollar im Koffer zunächst festgenommen und dann freigelassen. Am 11. März 2010 meldete *Tolo-TV*, dass fünfzehn hochrangige Politiker unter anderem Gouverneure, Botschafter, Generale der Polizei und Kabinettsmitglieder von Karsai, wie *Sediq Tschakari*, Minister für Pilgerfahrt und religiöse Angelegenheiten, *Rafi Atasch*, Präsident für Luftfahrt, *Wahidullah Schahrani*, Minister für Transportwesen, und Wirtschaftsminister *Amin Farhang* wegen Korruption zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Dies bestätigte sowohl der Justizminister *Habibullah Ghaleb* vor dem Parlament als auch *Faqir Ahmad Faqiryar*, Stellvertreter des Generalstaatsanwaltes, am 13. März 2010 auf einer Pressekonferenz. Farhang soll 4 Millionen Dollar aus dem Haushalt seines Ministeriums unterschlagen haben. Dies bestätigte der Generalstaatsanwalt *Ishaq Aloko*. Dem *Spiegel* zufolge soll Farhang gar 19 Millionen Dollar unterschlagen haben. Da Farhang einen deutschen Pass besitzt, ist er zu seiner Familie in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Nach neuesten Informationen hat der amtierende Finanzminister *Hazrat Omar Zakhelwal* 1,8 Millionen Dollar auf seine Privatkonten überwiesen.

Armut und sexuelle Gewalt – das Ergebnis der Nato-Besetzung

Seit die Nato den Abzug von Kampftruppen angekündigt hat, verlassen täglich Millionen Dollar illegal das Land. Der Präsident der Zentralbank gab offiziell an, dass 2011 über 4 Milliarden Dollar, das entspricht dem Jahresbudget der Regierung, ausser Landes gebracht worden seien.

Demgegenüber verschlechtert sich die Lage der Bevölkerung zunehmend. Die Arbeitslosigkeit beträgt etwa 70% mancherorts, vor allem in Osten und Süden sogar 90%. Dort sympathisieren bereits 80% der Menschen mit den Taliban. «80 Prozent der Bevölkerung Afghanistans leben am Existenzminimum. Jedes Jahr drängen eine Million junger Leute auf den Arbeitsmarkt.» Das ist das Ergebnis der 11jährigen Nato-Besetzung Afghanistans. Den Afghanen waren einmal blühende Landschaften versprochen worden. Seit elf Jahren müssen sie erleben, dass der Westen «eine Menge Lügen erzählt und falsche Versprechungen macht». Selbst in Kabul funktionieren weder Wasser- noch Stromversorgung. Wegen der katastrophalen sanitären Verhältnisse kam es in den heissen Sommermonaten wiederholt zu Cholera-Epidemien. Für den einfachen Bürger sind die Mietpreise in der Stadt unerschwinglich geworden.

Die afghanischen Frauen haben viele Feinde: Armut, alltägliche Gewalt oder Entführungen. «Die Vergewaltigungsrate ist extrem angestiegen, was in der Geschichte unseres Landes völlig untypisch ist», sagt *Zoya*, eine Aktivistin von der maoistischen Frauenorganisation «Revolutionary Association of the Women of Afghanistan» (RAWA). Da die Vergewaltiger keine nennenswerten Strafen zu befürchten haben, sind die Frauen vogelfrei. Hinzu kommt noch, dass Vergewaltigung als ausserehelicher Geschlechtsverkehr gilt und die Frauen dafür sogar gesteinigt werden können. «Erst vor kurzem hat Präsident Karsai die Vergewaltiger eines zwölfjährigen Mädchens begnadigt.» Gegenüber *amnesty international* äusserte ein internationaler Helfer: «Wenn eine Frau zur Zeit des Taliban-

Regimes auf den Markt ging und auch nur einen Streifen Haut zeigte, wurde sie ausgepeitscht – heute wird sie vergewaltigt.»

Zu dem unsäglichen Petersberger Fahrplan hätte es eine Alternative gegeben, die jedoch nie in Erwägung gezogen wurde. Der optimale Weg zur Befriedung Afghanistans wäre die Bildung einer repräsentativen Regierung gewesen. Unter strengster Kontrolle nicht der «internationalen Gemeinschaft», sondern der Blockfreien Staaten, der Konferenz der Islamischen Staaten, der internationalen Gewerkschaften, von Friedens- und Frauenorganisationen hätten Wahlen für eine Ratsversammlung durchgeführt und dort eine provisorische Regierung und Kommissionen zur Ausarbeitung einer Verfassung sowie von Parteien- und Wahlgesetzen gewählt werden müssen. Eine Regierung, vom Volk gewählt, hätte auch in Kabul nichts zu befürchten. Schlimmstenfalls hätte man, wenn für kurze Zeit Militärschutz benötigt worden wäre, die Blockfreien und die islamischen Staaten in die Pflicht nehmen können. Damit wäre auch den Islamisten der Wind aus den Segeln genommen worden, denn Afghanistan wäre dann nicht von «ungläubigen Christen» und dem «grossen Satan» besetzt. Diese Alternative war jedoch von Anfang an unerwünscht. Aber es ist noch nicht zu spät, die Petersberger Fehler zu korrigieren.

Ein Wiederaufbau, der ein «Krieg gegen den Hunger» wäre, wie es «Senlis Council» formuliert, müsste die erste Priorität sein. Die Milliarden Dollar, auf diversen internationalen Geberkonferenzen dem Land versprochen, fliessen über die 6000 in Kabul stationierten und mit allen Vollmachten ausgestatteten NGOs, die «oft gegeneinander, statt miteinander» arbeiten, in die Geberländer zurück. Einheimische Unternehmen erhalten von ihnen kaum Aufträge. Der zum Planungsminister ernannte Franco-Afghane *Ramazan Bachardoust* wurde, als er die Machenschaften der NGOs, die er «als die neue al-Kaida in Afghanistan bezeichnet», aufdecken wollte, von Karsai entlassen.

500 000 zivile Opfer

Afghanistans ökonomische Perspektive liegt in der Abkoppelung von kolonialähnlichen wirtschaftlichen Strukturen und der Hinwendung zu einer regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den entwickelteren Nachbarn Indien, China, Iran und Pakistan sowie in einer Süd-Süd-Kooperation.

Die von der Nato favorisierte «militärische Lösung» kann es nicht geben, dazu ist sie ein gigantischer «Ressourcenschlucker». Von 2002 bis 2006 wurden in Afghanistan 82,5 Milliarden Dollar für den Krieg ausgegeben, jedoch nur 7,3 Milliarden für den Wiederaufbau. «Damit übersteigen die Militärausgaben die Hilfsmittel um 900 Prozent.» Der Krieg kostet jede Woche 1,5 Milliarden Dollar. Selbst offizielle Angaben beziffern die Kriegskosten allein für die USA bis Ende 2011 mit 440 Milliarden Dollar. Der Einsatz der Bundeswehr kostete 2008 über 536 Millionen Euro, 2009 waren es schon etwa 690 Millionen. Das *Institut für Deutsche Wirtschaftsforschung* (DIW) gibt die jährlichen Kosten mit 2,5 bis 3 Milliarden Euro an. Selbst «mit einem Abzug 2011 würde der Krieg insgesamt zwischen 18 und 33 Milliarden Euro kosten», hatte Prof. *Tilman Brück*, Leiter der Abteilung Wirtschaft am DIW 2010 festgestellt. Einen einzigen Taleb zu töten kostet schon 100 Millionen Dollar.

Auf einer Konferenz in Tokio 2012 wurden Afghanistan für die nächsten vier Jahre insgesamt 16 Milliarden Dollar zugesagt. Als Gegenleistung hat Präsident Karsai, dessen Land Korruptions-Vize-Weltmeister und Drogenweltmeister ist, die Bekämpfung der Korruption versprochen. «Würden alle Korrupten vor Gericht gestellt, hätten wir praktisch keine Regierung mehr», stellte am 9. Juli 2012 die Zeitung «Aschte Sob» aus Kabul fest. Darüber hinaus hat Karsai 110 Warlords, Kriegsverbrecher und Heroinbarone als «Berater» um sich gesammelt. Jeder erhält monatlich 5000 Dollar Gehalt. Viele von ihnen hatten nicht einmal im Jahr ein Gespräch mit Karsai. Hätten diese und

Fortsetzung auf Seite 12

Ökozentrum Langenbruck: Seit über 30 Jahren für eine lebenswerte Zukunft

«Wir sind eine private, nicht gewinnorientierte Organisation. Als Vordenker, Impulsgeber und umsetzungsorientierte Partner bei technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen leisten wir unseren Beitrag für eine lebenswerte Zukunft kommender Generationen.

Wir forschen, entwickeln und bilden schon seit über 30 Jahren in den Bereichen erneuerbarer Energien und Ressourcen, führen Aufträge von Wirtschaft und Gesellschaft aus oder initiieren eigene Projekte. Dabei denken wir ganzheitlich und unabhängig, bleiben inhaltlich konsistent und garantieren durch unsere langjährige Erfahrung eine praxis- und zielorientierte Umsetzung.

Wir und unsere Projektpartnerinnen und Partner

- teilen ein auf Nachhaltigkeit und die Erhaltung von Entwicklungsspielräumen ausgerichtetes Denken und Handeln
- legen unsere Grundsätze dar, was zu einer ehrlichen und beidseitig vorteilhaften Zusammenarbeit führt
- schätzen das kreative Umfeld, in dem durch offene und teils unkonventionelle Denkhaltung zukunftsweisende und innovative Ideen reifen
- legen Wert auf einen ganzheitlichen Ansatz bei der Entwicklung fehlertoleranter und situativ angepasster Technologien
- achten den von Offenheit, Respekt und Wertschätzung geprägten Umgang bei der Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Projekte.»

Quelle: www.oekozentrum.ch



33 Jahre Ökozentrum – feiern Sie mit uns!

Projekte im Fokus

- Erleben Sie Energie hautnah
- Testen Sie Trockenfrüchte aus unserer Entwicklungszusammenarbeit in Burkina Faso
- Blicken Sie in die Zukunft der Energieversorgung
- Erfahren Sie mehr über die Forschung für effiziente und schadstoffarme Holzfeuerungen
- Gehen Sie auf Tuchfühlung mit dem Elektro-Roadster SMILE
- Besichtigen Sie die neuartige Turbine, die Schwachgas in Strom umwandelt
- Konsum und seine globalen Folgen – wie können Sie handeln?
- Wegweisender Bau der Forschungshalle nach Minergie P eco (o.Z.)

Verpflegung Regionale Köstlichkeiten zu fairen Preisen

Vortrag «Peak Oil» 16 Uhr

Dr. Daniele Ganser, Swiss Institute for Peace and Energy Research SIPER, Basel.
«Unsere Erdölförderung hat den Zenit bereits überschritten, mehr ist nicht möglich – über Herausforderungen und Chancen des Peak Oil.»

Mit anschliessendem Apéro, offeriert vom Ökozentrum.

Musik ab 18 Uhr rundet das «Trio Matto» den erlebnisreichen Tag ab.

Die Anreise mit dem ÖV wird empfohlen.
Weitere Informationen auf www.oekozentrum.ch

Ökozentrum | Schwengiweg 12 | 4438 Langenbruck | www.oekozentrum.ch | T +41 (0)62 387 31 54

«Afghanistan: unsinkbarer ...»

Fortsetzung von Seite 11

weitere aus der Entourage von Karsai serbische Pässe, wären sie ausnahmslos vor den internationalen Gerichtshof in Den Haag zitiert worden.

Damit die Nato ohne Gesichtsverlust ihre Kampftruppen abziehen kann, hat sie Bedingungen für eine Afghanisierung des Krieges geschaffen. Sie hat etwa 500 000 Kämpfer ausgebildet und ausgerüstet. Darunter 352 000 Mann Soldaten der afghanischen Nationalarmee. Nun wollen die USA Geld sparen und die Zahl der Sicherheitskräfte bis 2016 auf 228 500 Mann reduzieren. Damit werden 125 000 gut ausgebildete und ausgerüstete Kämpfer arbeitslos, die dann zum Widerstand überlaufen werden. Das wäre ein schönes US-Abschiedsgeschenk für die Taliban!

Nach Recherchen des britisch-pakistanischen Publizisten *Tariq Ali* hatte der Krieg schon 2008 hundertmal mehr afghanische Zivilisten als in Manhattan getötet, das heisst insgesamt 300 000. Beobachter vor Ort gehen von mehr als 500 000 zivilen Opfern aus.

Es ist längst überfällig, dass die Nato ihre Kriegsstrategie fallen lässt, um Afghanistan vor der Spirale der unkontrollierten Gewalt und die Region um Afghanistan vor weiterer Destabilisierung zu bewahren. Pakistan steht schon am Rande eines Bürgerkriegs. Würde diese Atommacht mit starken islamistischen Gruppen tatsächlich in einen Bürgerkrieg abgleiten, würde uns der Afghanistankonflikt fast als Bagatelle erscheinen.

LESER BRIEFE

Was ist eigentlich das Wesentliche an der 3-fachen Initiative?

Die Überlegungen, die Staatsverträge vor den Souverän zu bringen sind aktueller und dringender denn je. Vor allem, weil es eine nationale Auseinandersetzung, ja eine Besinnung auf das Wesentliche in diesen Fragen braucht. *Zeit-Fragen* hat dazu in der Nummer 36 wesentliche Aspekte beigetragen. Daraus wird deutlich, dass es rechtliche Grundlagen gibt, die unmissverständlich die Prioritäten und Schwerpunkte in dem heute herrschenden «Kraut-und-Rüben-Durcheinander» geben. Die veröffentlichte Meinung hat durch ihre Kampagne nachhaltig in den Köpfen gewirkt.

Festzuhalten ist, dass der Staat als erster seine völkerrechtlichen Verpflichtungen und nationalen Gesetze einzuhalten, ja vorbildlich für seine Bürger zu respektieren hat, das heisst in diesem Falle, den vorgesehenen Ablauf bei Problemen zwischen Ländern einzuhalten hat. In der Steuerfrage gibt es diesen vorgegebenen Weg. Mit dem CD-Ankauf wird er in vielfältiger Weise gebrochen und missachtet, bezüglich der nun zu ratifizierenden Verträge wurde er einigermassen eingehalten.

Man hat zwischen den Regierungen zwar verhandelt, auch wenn die Beurteilung des Ergebnisses sehr unterschiedlich ausfällt. Da kann man ja auch unterschiedlicher Meinung sein. Es sieht so aus, als ob die Schweizer Regierung unter Druck gesetzt worden ist. Die Öffentlichkeit wurde durch die Presse

mit Totschlagargumenten auf Linie gebracht: Wir würden schwarzes Geld zu Hauf verstecken und einer gerechten Besteuerung durch die deutschen Finanzbehörden entziehen. Wie wenn es kein ordentlich versteuertes Ersparnis in offensichtlich sicherer Frankenwährung auf Schweizerkontos geben würde. Auch dass die Behörden die Daten der Angestellten der Banken fremden Behörden zur Verfügung stellen, ist skandalös. In diesen Fragen haben neben den schweizerischen und dem deutschen Anwaltsverband auch der Datenbeauftragte der Schweiz interveniert.

Auch geht es um einige Banken, und nicht um die Schweiz als solche. Wenn Banken ausländische Gesetze im Ausland gebrochen haben, sollen sie dort auch zur Rechenschaft gezogen werden. Aber darum scheint es offensichtlich nicht zu gehen, sondern darum, dass die Schweiz ihre nationale, noch unabhängige Gesetzgebung aufgibt und langsam, aber sicher die gewünschten ausländischen Paragraphen übernimmt. Sonst würde man die Probleme anders angehen. Das ist das Wesentliche an der Sache. Und gerade deshalb muss das Referendum gegen die 3 Steuer-«Abkommen» mit Deutschland, Österreich und England zustandekommen. Unsere Souveränität ist *unsere* Sache, und das muss diskutiert und darüber abgestimmt werden.

Roland Güttinger

Zeit-Fragen

Wochenzeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft *Zeit-Fragen*

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 198.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: Volksbank Tübingen, Konto-Nr. 67 517 005, BLZ 641 901 10

A: Raiffeisen Landesbank, Konto-Nr. 1-05 713 599, BLZ 37 000

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2012 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft *Zeit-Fragen*. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle *Zeit-Fragen*, Zürich.